

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

212 · Juni 2008

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

VorSatz 483

Essay

WOLFGANG BEUTIN

Der Frühexpressionismus Kurt Hillers.

Literarische Anfänge und der »Neue Club« (1909-1913) 485

Sozialpolitik

MEINHARD CREYDT

Gesundheitswesen, Bildungswesen, Wissenschaften
und Sozialarbeit. Professionelle Tätigkeiten

als Gegenstand kritischer Reflexion 495

Zur Person

HARALD JENTSCH

Otto Brenner – ein Streiter um soziale Demokratie 554

VorSatz

Das Wort »overkill« bedeutet, dass mögliche kriegführende Seiten über Waffensysteme und Vernichtungspotenziale in solchen Mengen und Qualitäten verfügen, dass sie in der Lage sind, sich wechselseitig mehrfach völlig zu vernichten. Die Ursprungsidee dieses Konzeptes wird Alfred Nobel (1822-1896), dem Erfinder des Dynamits und Stifter des Nobelpreises, zugeschrieben, der die Auffassung vertrat, dass die Rüstung der Neuzeit Waffen entwickeln kann, die ob ihrer Vernichtungspotenziale mögliche Kriegsgegner von Kampfhandlungen abhalten werden, also mögliche Zerstörungskraft als Abschreckung. Die Geschichte hat gezeigt, dass sich Alfred Nobel geirrt hat.

Die durch das Ende des »Kalten Krieges« bewirkte Aufhebung äußerer Bedrohungen für die USA und die anderen Mächte der kapitalistischen Metropolen hat keineswegs dazu geführt, dass militärische Vernichtungspotenziale verringert oder gar als überflüssig abgebaut werden. Die USA, in ihrem Gefolge die NATO und verstärkt auch die Europäische Union beweisen gegenwärtig in der Praxis, dass sie keine äußere Bedrohung – etwa seitens feindlicher Nachbarstaaten – brauchen, um weiter zu rüsten und ihre militärischen Potenziale zu modernisieren. Sie definieren für sich eine neue Bedrohung und einen neuen Feind, den »internationalen Terrorismus«. Anlass dafür sind die Anschläge auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon am 11. September 2001. Nach wie vor sind bei weitem nicht alle Umstände und Zusammenhänge aufgeklärt. Zu konstatieren ist aber eine erhebliche Disproportionalität zwischen Anlass und Reaktion: Bei aller Tragik waren die menschenverachtenden terroristischen Anschläge punktuell; die Reaktion darauf gerät global. Die USA behalten es sich allein vor, »Schurkenstaaten« zu benennen (oder diesen Status gleichsam nach Belieben wieder aufzuheben oder zu suspendieren) und geostrategische Räume terroristischer Aktivitäten zu definieren. Damit einher gehen qualitative Veränderungen in den militärstrategischen Konzeptionen, den entsprechenden Planungen und realisierten Entwicklungen: Von einer bilateralen Bedrohung und damit bilateralen overkill-Potenzialen zu einer als möglicherweise global denunzierten Bedrohung und real hergestellten, global einsetzbaren Vernichtungspotenzialen. Das semantische Problem – die Annahme einer imaginären Bedrohung einerseits, die Realisierung global einsetzbarer Vernichtungspotenziale andererseits – ist ein existenzielles Politikum, das öffentlich weitgehend unbemerkt bleibt.

»Rüstungskontrolle und Abrüstung werden zur Zeit zurückgefahren«, führte Professor Götz Neuneck vom Institut für Friedensfor-

schung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg Ende April im Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus. Weltweit sind die Rüstungsausgaben seit 1999 wieder stark angestiegen, sie lagen 2006 erheblich über dem Stand von 1992. Der Anstieg wird vor allem durch die USA bewirkt, die in dieser Zeit ihre Rüstungsausgaben etwa verdoppelt haben. Nahezu zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben werden in den USA und dem übrigen NATO-Raum (insbesondere der EU) realisiert.

Zwei Entwicklungsrichtungen werden forciert und miteinander verstrickt: die Ausweitung und die Modernisierung. Während die meisten aktuellen internationalen Konflikte mit konventionellen Mitteln geführt werden (nicht ohne, dass die Großmächte als Waffenexporteure davon profitieren), wurden und werden die Kriege in Nahost, im Kosovo, in Afghanistan, Tschetschenien und im Irak mit Mitteln der Hochtechnologien geführt. Das umfasst die modernen Möglichkeiten der Aufklärung, Präzisionswaffen, neue Waffenwirkungen, Diversifizierung von Waffensystemen, den möglichen globalen Zugriff, Raketenabwehrsysteme etc.; ihre makabre Wirksamkeit wird durch die »Computerisierung«, durch Netzwerk-zentrierte Kriegsführung erheblich erhöht. Das hat ideologische Nebeneffekte. Krieg wird gleichsam als Computerspiel inszeniert, das produziert Distanz und Entfremdung, der Feind erscheint virtuell. Zugleich wird verschleiert, dass höhere Präzision und Zielgenauigkeit keine Reduzierung von Schäden bedeuten. Es ist zu erwarten, dass auch alle weiteren Kriege, an denen die USA beteiligt sein werden, für Tests modernisierter Waffen und Waffensysteme genutzt werden – ein Schneeballeffekt.

Nachdem es nach 1987 zu Abrüstungsschritten auf dem Gebiet der Kernwaffen gekommen war, kann die jetzt eingetretene Stagnation oder gar Umkehrung nicht übersehen werden. Die Arsenale sind nach wie vor groß, der ABM-Vertrag (Begrenzung von Raketenabwehrsystemen) ist gekündigt, START II (weitergehenden Reduzierung strategischer Waffen von 1993) wird nicht umgesetzt, der Vertrag zum Verbot der Weiterverbreitung wird ausgehöhlt und die Gefahr der Weltraumrüstung wird immer größer. Damit bleiben die Risiken von Nuklearwaffeneinsätzen hoch, sei es durch Unfälle o. ä. oder sei es regional, und es wächst in der Tat die Gefahr eines »Nuklearterrorismus«.

Unter dem Titel »Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland« hat die Bundestagsfraktion von CDU/CSU ein Konzept vorgelegt, das belegt, dass ein Teil der deutschen politischen Elite dabei sein will bei einer global ausgerichteten militärischen Interessenpolitik der kapitalistischen Metropolen. »Ziel ist es, präventiv Sicherheitsrisiken zu minimieren und dort schnell und effektiv eingreifen zu können, wo sich für unsere Sicherheit relevante Krisen konflikthaft zuspitzen«, Energie- und Rohstoffversorgung sind dabei eingeschlossen.

Das Fazit ist alles andere als beruhigend: Im Vergleich mit 1978, dem Jahr der »Nachrüstung«, ist die Rüstungsdynamik ungleich höher, die Bedrohungs- und Vernichtungspotenziale haben ein qualitativ höheres (d. h. gefährlicheres) Niveau erreicht. In einem klaren Missverhältnis dazu – im Gegensatz zu 1978 – steht die relative Schwäche der Gegenkräfte, der Friedensbewegung. Das muss nicht so bleiben, das darf nicht so bleiben.

WOLFGANG BEUTIN

Der Frühexpressionismus Kurt Hillers

Literarische Anfänge und der »Neue Club«
(1909-1913)

Kurt Hiller (1885-1972) begann seinen Weg als Schriftsteller nach einem Jurastudium mit einem rechtsphilosophischen Buch (»Das Recht über sich selbst«) 1908. Ein Jahr später gründete er zusammen mit einigen Freunden in Berlin den »Neuen Club«. Mit diesem etablierte sich in Berlin der Frühexpressionismus. In den Folgejahren wurde Hiller der herausragende Vordenker der Berliner Moderne.¹ Er veröffentlichte zahlreiche literaturtheoretische und kritische Essays, Abhandlungen und Glossen, dazu Aphorismen, eine avantgardistische Lyrik-Anthologie (»Der Kondor«, 1912) und eigene Lyrik. Um die Zeit des Ersten Weltkriegs entwickelte er sich zu einem politischen Autor, dessen Beiträge in einflussreichen Zeitschriften der Linken erschienen, während der Weimarzeit z. B. recht regelmäßig in der »Weltbühne«.

Hiller verbrachte ein knappes halbes Jahrhundert in Berlin; Unterbrechungen durch Studium, Reisen und Haftzeiten (1933/34) abgerechnet, die Jahre 1885-1934. Hiernach zwangen ihn die politischen Verhältnisse, nach schweren Drangsalierungen in mehreren Konzentrationslagern und der unerwarteten glücklichen Freilassung in die Emigration zu gehen. Im Exil verbrachte er 21 Jahre, vier in Prag und siebzehn in London, von 1934-1955. Er war schon siebzig, als er remigrierte und seinen Wohnsitz in Hamburg nahm. Kurt Hiller erlebte – oder beobachtete – vier Perioden deutscher Geschichte (Kaiserzeit, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Nachkrieg) –, die seine Biographie und sein Wirken tief prägten. Vorzugsweise beteiligte er sich an ihnen, indem er sich den darin jeweils dominierenden Tendenzen widersetzte. Das nannte er: »Leben gegen die Zeit«. So der Titel seiner Autobiographie².

Am Beginn des 21. Jahrhunderts steht es um die Bekanntheit von Hillers Werk weniger gut als um diejenige anderer Autoren seiner Epoche. Zu Lebzeiten des Verfassers gab es nur eine Handvoll wissenschaftlicher Veröffentlichungen über ihn, die meisten davon Artikel, Lexikoneinträge oder Rundfunksendungen, dazu eine Bibliographie. Nach Hillers Tod war seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein allmählicher Wandel zu verspüren, die literaturwissenschaftliche Forschung setzte ein, und es entstanden Anthologien mit Texten von ihm und seinen literarischen Gefährten, Neudrucke von mehreren seiner Schriften, einige Sammelbände mit Abhandlungen, die ihm gewidmet sind, und einzelne Untersuchungen zu Teilaspekten seines Werks und Wirkens.³ Doch liegt bis heute keine Gesamtausgabe seiner Schriften und Briefe vor, es fehlt eine repräsentative

Wolfgang Beutin – Jg. 1934, Dr. phil., Privatdozent an der Universität Bremen, Arbeitsgebiet: Vergleichende Literaturwissenschaft, zahlreiche Publikationen; darunter Studien über Fritz Reuter und »Knief oder Des großen schwarzen Vogels Schwingen«.

1 Vgl. Heidi Beutin, Wolfgang Beutin, »Die entscheidenden Vorstöße befehligte Kurt Hiller.« – Kurt Hiller als Theoretiker der Berliner Moderne, in: *Rinnsteinkunst? Zur Kontroverse um die literarische Moderne während der Kaiserzeit in Deutschland und Österreich*, Frankfurt/M. 2004 (= Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte, Bd. 44), S. 47-70.

2 Reinbek 1969.

3 Aufgelistet im Vorwort

zum 1. Band der Schriften der Kurt Hiller Gesellschaft 2001, S. 7 ff.

4 Dies trifft wesentlich auf Hillers Biographie und Schriften im Zeitraum von 1934-1972 zu. Grundlegende Materialien für das erste Vierteljahrhundert von Hillers literarischer Tätigkeit, darunter der wichtige Briefwechsel, wurden 1933 von den Beauftragten des NS-Regimes vernichtet. Dazu vgl.: Hillers Anmerkung 5, in: Ratioaktiv. Reden 1914-1964. Ein Buch der Rechenschaft, Wiesbaden 1966, S. 18.

5 Zur Erläuterung des Begriffs vgl.: Kurt Hiller, Liebestanz der Ismen, in: Ratioaktiv, wie Anm. 4, S. 163. Der Terminus war bereits um 1900 in Gebrauch. Siehe dazu: Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1961, S. 183 (Text von 1898!).

Auswahlausgabe, eine umfassende Darstellung ebenfalls. Ein Grund für diese unerfreuliche Situation ist, dass Hillers literarische Hinterlassenschaft seit seinem Tode zunächst für dreißig Jahre von einem privaten Vermächtnisempfänger unter Verschluss gehalten worden war (1972-2002).

1998 wurde in Hamburg in den Räumen des Instituts für Germanistik I der Universität die Kurt Hiller-Gesellschaft gegründet, die als ihren Zweck die Erforschung der Biographie und des Werks von Hiller benennt. Ihr gelang es bereits nach fünf Jahren (2003), den literarisch außerordentlich ergiebigen Nachlass zu erwerben. Was sie seither verwaltet, ist ein umfangreicher Fundus an Manuskripten, Korrespondenzen (mit über 2 000 Partnern) und Handexemplaren. Damit sind die Bedingungen für die künftige Erforschung von Hillers Leben und Werk entscheidend verbessert worden.⁴

Berliner Moderne, Frühexpressionismus, Expressionismus

Die Berliner Moderne war als künstlerische Tendenz oder Richtung kein isolierter Regionalismus. Vielmehr bildete sie einen Ausschnitt aus einer Bewegung, die über Berlin hinausreichte, auch über Preußen, Deutschland und die deutschsprachigen Länder; diese war ein Ereignis umfassenden Charakters: die europäische Moderne. Wie andere regionale künstlerische Strömungen in Europa im letzten Drittel des 19. und ersten des 20. Jahrhunderts brachte auch die Berliner Moderne mehrere unterschiedliche Phasen hervor. In einer jeden davon dominierte eine besondere Teilströmung, die ihr den Namen gab und sich kennzeichnete durch ein spezifisches, manchmal exakt umrissenes, meist eher vages Programm und, damit zusammenhängend, eine eigentümliche Gestaltungsweise. Die künstlerischen Produktionen, die in jedem Abschnitt entstanden, gaben in der Regel ihre Zugehörigkeit zu diesem und damit zu einer der Teilströmungen zu erkennen. Es erweist sich, dass die Verfasser und bildenden Künstler in ihren Werken die ausgewählten Stoffe, Motive und Themen verarbeiteten, die ihnen die Theoretiker der Richtung nahelegten, und dass sie sich dabei der Gestaltungsmittel bedienten, die von der Programmatik postuliert worden waren.

Es fiel schon den Zeitgenossen auf, wie rasch die unterschiedlichen Teilströmungen einander ablösten, in ständig sich beschleunigendem Wechsel. In ihrer zeitlichen Erstreckung sind sie nicht immer exakt fixierbar, und zudem gab es Überlagerungen, so dass die Endphase der einen und die Anfangsphase der anderen zeitlich zusammenfallen konnten, womit temporär ein Nebeneinander entstand. Da sich für die Teilströmungen vielfach Bezeichnungen einbürgerten, die mit dem Suffix »-ismus« endeten (Naturalismus, Impressionismus, Expressionismus, Aktivismus usw.), nannte man sie, wenn man sie zusammenfassen wollte, gelegentlich kurz und lax auch »Ismen«. Kurt Hiller fand für ihr Neben- und Nacheinander den Ausdruck: »Liebestanz der Ismen«.⁵

Trotz einigen zeitlichen Überlagerungen ist die Abfolge der Phasen oder Teilströmungen der Berliner Moderne doch einigermaßen verlässlich bestimmbar. Sie hatte Anteil, manchmal: erheblichen Anteil an fünf Strömungen der europäischen Moderne, die meist unter einer Benennung mit »-ismus« auftraten, sonst als Sammelsurium

unterschiedlicher Bestrebungen, für die Namen teils auch wieder mit »-ismus« aufkamen, teils ohne diesen Bestandteil. Es sind: 1. der Naturalismus, in Deutschland von 1885 bis zum Ausklang des 19. Jahrhunderts; 2. ein Komplex von Richtungen, die um die Jahrhundertwende auftreten und die Dekade bis etwa 1910 anfüllen: Ästhetizismus, Fin de siècle, Décadence, Symbolismus, Impressionismus, Jugendstil. Für die Summe dieser Tendenzen war eine Zeitlang der zusammenfassende Begriff *Neuromantik* in Gebrauch. In der jüngeren Forschung heißen sie nicht selten die *Wiener Moderne*, also nach der Stadt, wo sie – oder mehrere davon – auffällig blühten; 3. der Expressionismus mit seinen unterschiedlichen Phasen, darunter der Frühexpressionismus, dazu die späteren vom Expressionismus abgeleiteten Bewegungen Aktivismus und Dadaismus, 1909/10-1924/25; 4. die proletarisch-revolutionäre Kunst (als Literatur, Malerei, auch als Film) im Folgejahrzehnt; 5. gleichzeitig die Neue Sachlichkeit. Diese Strömungen oder Komplexe von Strömungen, so unterschiedlich sie waren und so energisch sie – oder vielmehr ihre maßgeblichen Wortführer – sich gegeneinander abgrenzten, zeigen partiell doch vergleichbare Eigenschaften. Darunter die unleugbare Affinität zur Politik im Naturalismus, im Expressionismus (vor allem in seiner Gestalt als Aktivismus) und in der proletarisch-revolutionären Kunst, während es die übrigen geradezu charakterisierte, dass ihnen dieselbe Affinität fehlte; nicht nur das, sondern ihre Protagonisten erstrebten häufig auch die Entwicklung eines *unpolitischen* Kunstbegriffs.

Kurt Hiller wurde zum unzweifelhaft wichtigsten Theoretiker der Berliner Moderne in dem Zeitabschnitt, der mit den Stichwörtern *Expressionismus* sowie *Aktivismus* zu bezeichnen ist. Dichterische Werke gibt es kaum von ihm, weder epische noch Dramen. Charakteristisch für seine literarische Produktion ist vielmehr eine große Zahl von Glossen, Aufsätzen, Reden, Aphorismen, Besprechungen und Pamphleten.⁶ Er publizierte nicht einmal eine theoretische Grundschrift, will man nicht seine zweibändige Sammlung von Prosa-Kurztexten, die 1913 unter dem Titel »Die Weisheit der Langenweile« erschien, als solche bewerten.⁷ Der Ruf des Theoretikers Hiller beruht daher im Wesentlichen auf der Fülle von Kleintexten seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sowie auf den literarischen, politischen und juristischen Aktivitäten, die er gleichzeitig entwickelte.

Wann begannen diese? Bis gegen Anfang 1908, so berichtete ein Club-Mitglied, gefiel sich Hiller »in der Rolle des Ästheten vom Schlage Oscar Wildes« und war »noch keinesfalls der revolutionäre Aktivist«.⁸ Hiller selber neigte dazu, in der »Weisheit der Langenweile« sein Debut als Autor zu sehen, womit er den Beginn seiner eigentlichen Lebensarbeit auf 1913 datierte.⁹ Dagegen ist aber ein um ein Jahr fünf früherer Beginn zu erwägen: im Jahr 1908, dem Erscheinungsjahr der strafrechtsphilosophischen Studie »Das Recht über sich selbst«¹⁰.

»Die Weisheit der Langenweile«, so Hiller, sei angesiedelt »an der (sozusagen) Dreikaiserinnenecke, wo Rechtsphilosophie, Politik und Literatur zusammenstoßen«.¹¹ Richtig ist, dass er hier die drei Grundkomponenten benannte, die sein Denken und Schreiben sowie

6 Ausgezeichnete Übersicht: Harald Lützenkirchen: Vorläufige Gesamt-Bibliographie der Schriften Kurt Hillers, in: Rolf von Bockel, Harald Lützenkirchen (Hrsg.): Kurt Hiller. Erinnerungen und Materialien, Hamburg 1992, S. 125-201.

7 Thomas Bleitner nennt dies Buch: »Hillers expressionistisches Hauptwerk«. Vgl.: Zur Genese politischer »Literatur« im Expressionismus. Kurt Hillers Weg zum Ziel, in: Wolfgang Beutin, Rüdiger Schütt (Hrsg.), »Zu allererst ANTIKONSERVATIV«. Kurt Hiller (1885-1972), Hamburg 1998, S. 14-35; hier: S. 32. Die Weisheit der Langenweile. Eine Zeit- und Streitschrift, 2 Bde., Leipzig 1913 (im Folgenden zitiert: WdL mit Bandangabe plus Seitenzahl).

8 Zit. von Thomas Bleitner, in: Golo Gangi und der »soziologische Schlachtochse«. Über Erwin Loewenson und Kurt Hiller, in: Schriften der Kurt Hiller Gesellschaft, Bd. 1, 2001, S. 11-24; hier: S. 13.

9 Nach Martin Klaußners Bericht: Über Kurt Hiller's Sein und Sollen und vom Geldbeutel, in: Schriften, wie Anm. 8, S. 95-117; hier: S. 97.

10 Es ist die vollständige Fassung von Hillers Heidelberger Dissertation (1907).

11 Wie Anm. 9. »Literatur« nach dem Muster Schopenhauers bei Hiller stets mit doppeltem »t« (< lat. »littera«).

seine organisatorischen und institutionellen Tätigkeiten in fast zwei Dritteln des Jahrhunderts, unmittelbar bis zu seinem Lebensende determinierten.

Zu seinen organisatorischen und institutionellen Aktivitäten zählten zunächst – bis zu dem Einschnitt von 1933:

- 1909: die Gründung des »Neuen Clubs«. Als dessen der Öffentlichkeit zugewandte Seite fungierte das »Neopathetische Cabaret«.
- 1911: die Gründung des literarischen Kabarets »Gnu«. Er rief es nach seinem Austritt aus dem Neuen Club ins Leben.
- 1911, also im selben Jahr: zusammen mit Franz Pfemfert Gründer einer der bedeutendsten expressionistischen Zeitschriften, der »Aktion«.
- 1912: Edition der ersten Anthologie expressionistischer Lyrik: »Der Kondor«.
- 1914: Gründung des »Aktivismus«, den man als eine politisierte Variante des Expressionismus bewerten könnte.
- 1916-1924: im Sinne des Aktivismus Herausgabe der »Ziel«-Jahrbücher (insgesamt 5 Bände).
- 1926: in Berlin Gründung der »Gruppe Revolutionärer Pazifisten« (GRP).

Als Hiller um 1910 begann, sich zum führenden Theoretiker der Berliner Moderne in ihrer expressionistischen Phase zu entwickeln, richtete er seine Bemühungen darauf, spezifische Vorstellungen in bezug auf die expressionistische Kunstproduktion zu präsentieren, eine Lehre vom Schaffen und das Ideal eines Kunstwerks, wie es der neuen avantgardistischen Strömung angemessen war. Genau dies erwartete man auch von dem Vordenker einer Kunstrichtung. Zwar brauchte er keinesfalls selber die seiner Lehre entsprechende Dichtung hervorzubringen, musste aber sicherlich die große Vision des Kunstwerks entwerfen, das der Künstler schaffen sollte, der ihm folgte.

Zur Geschichte des »Neuen Clubs«

In seiner »Weisheit der Langenweile« berichtet Hiller: »Im März 1909 schuf ich, mit etlichen ähnlich Wollenden, einen Litteraturverein (»Der neue Club«). Nach einer Reihe privater Monate begannen wir, »Neopathetische Cabarets« zu veranstalten, in denen wir uns, unter dem Gefeix des Pöbels, einer kleinen Schar Sachverständiger (die blieb und wuchs) kraft Sprechens zu Gemüte führten. Erich Unger, J. van Hoddis, Heym, Ernst Blaß traten hier zuerst auf ... Nach zwei Jahren, aus teilweise geistigem Grund, verkrachte man sich: ich eilte, von Blaß begleitet, ins Freie ... und gründete das »Gnu«. Wieder, wengleich organisierter, ein litterarisches Cabaret, welches sich bald zwischen den trübalkigen Wänden hinterer Caféhausstuben, bald auf Teppichen mondäner Buchläden vollzog ...«¹²

Was war der Neue Club, was beabsichtigte er, was unternahm er? Juliane Habereeder sieht in ihm das »Beispiel einer Künstlervereinigung und publizistischen Plattform der künstlerischen Avantgarde«. Sie beruft sich auf die Forschungen von Gunter Martens, der zwei Aspekte des Neuen Clubs als wichtigste benannte: eine »vermittelnde und anregende Funktion des »Neuen Clubs« für den *frühen Ex-*

pressionismus«, dessen »Kristallisationspunkt« er gewesen sei, sowie eine »Vermittlungsposition«, um der gerade entstehenden Dichtung des Expressionismus das Denken und den Stil Nietzsches zu überschreiben. Der Neue Club habe sich somit die Aufgabe gestellt, eine »Revitalisierung und Reorganisation der Gesellschaft« zu initiieren.¹³

Der Neue Club ging aus einer studentischen Verbindung der Universität Berlin, der »Freien Wissenschaftlichen Vereinigung«, hervor.¹⁴ Er veranstaltete in unregelmäßigen Abständen private (bzw. interne) Lesungen und öffentliche.

Nach Richard Sheppard fand der erste öffentliche Abend in Neumanns Festsälen am 8. November 1909 statt. Erwin Loewenson, der zweite wichtige Inspirator des Clubs neben Hiller, hielt eine Ansprache: »Die Décadence der Zeit und der ›Aufbruch‹ des ›Neuen Clubs‹. Ein Aufstand«. Der Ausdruck »Aufstand« bildete hier die Gattungsbezeichnung für die Ansprache! Hiller hielt eine Rede »Das Wesen der Kultur« (variiertes Titel »Über Kultur« in WdL 1, 49-72). Was sonst an Texten vorgetragen wurde, stammte nicht allein von Club-Mitgliedern, sondern auch von respektierten – teils schon älteren – Kollegen außerhalb, so u. a. von Karl Kraus.¹⁵ Andere Namen, die sich in den Programmen finden, sind z. B. Kant, Nietzsche, Heinrich Mann, Max Brod, Ferdinand Hardekopf.

Das erste »Neopathetische Cabaret« fand in Form einer privaten Veranstaltung am 1. Juni 1910 statt. Es folgten weitere interne sowie auch öffentliche Abende; einer der internen war Sigmund Freud gewidmet.¹⁶

Was wollte der eigentümliche Name mit dem Attribut »neopathetisch« besagen? Hiller führte in seiner Eröffnungsrede »Salut zum ersten Neopathetischen Cabaret« aus: »Dies ist das Kennzeichen einer höher gestimmten Lebendigkeit und des neuen Pathos: das alleweil lodernde Erfülltsein von unserm geliebten Ideelichen, vom Willen zur Erkenntnis und zur Kunst und zu den sehr wundersamen Köstlichkeiten dazwischen. Das neue Pathos ist weiter nichts als: erhöhte psychische Temperatur.«¹⁷ Und ergänzend, etwas später: »Pathos: nicht als gemessener Gebärdengang leidender Prophetensöhne, sondern als universale Heiterkeit, als panisches Lachen.«¹⁸ Mit Hillers Verwendungsweise des Begriffs ging eine Bedeutungsverkehrung fast ins Gegenteil einher; Pathos, ursprüngliche Bedeutung: »Leiden«. Als Brücke zur »Heiterkeit« die Bedeutung »leidenschaftlicher Gefühlsausdruck«, ehe der Begriff bei Hiller als Äquivalent für den nietzscheanisch-leidenschaftlichen Gefühlsausdruck der Heiterkeit erschien. Für das Programm künstlerischer Darbietungen hieß das, »seriöseste Philosopheme zwischen Chansons und (zerebrale) Ulkigkeiten zu streun«, sei Philosophie doch, richtig betrachtet, im Kern »Erlebnis«.¹⁹

Sheppard untersuchte, ob die Veranstaltungsreihen der Jahre 1910-1912 eine »aufs Ganze gesehen ... einigermaßen klare Entwicklungslinie« erkennen ließen. Am Anfang, so glaubt er, habe »eine in metaphysischen Pessimismus übergehende Skepsis« dominiert. »Nach dem Aufruhr vom Frühjahr 1911 beginnt sich jedoch ein metaphysischer Optimismus abzuzeichnen ...«²⁰

In der Forschung besteht keine vollkommene Klarheit über das Ende der Mitarbeit Hillers im Neuen Club. Sheppard notierte: Es sei

13 Kurt Hiller und der literarische Aktivismus. Zur Geistesgeschichte des politischen Dichters im frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1981 (Regensburger Beiträge zur deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft, Bd. 20), S. 9, 13 und 17.

14 Ebenda, S. 35.

15 Richard Sheppard (Hrsg.): Die Schriften des Neuen Clubs 1908-1914, 2 Bd., Hildesheim 1980/83; Bd. 1: Okt. 1908-Januar 1912, Bd. 2: Januar 1912-Januar 1914; hier: 1, 179 f. Die Datierung 1908 besagt, daß Texte aus dem Vorfeld der Gründung einbezogen werden. Die Ausgabe ist wichtig auch wegen der Kommentare des Herausgebers. Erwin Loewenson (Thorn 1888-Tel Aviv 1963) veröffentlichte seit 1910 unter dem Pseudonym Golo Gangi.

16 Ebenda Bd. 1, 369.

17 Ebenda, 237.

18 Ebenda, 238.

19 Ebenda.

20 WdL 2, 546.

21 WdL 1, 459 und 530.

22 WdL 2, 464.

23 Bleitner, a. a. O., S. 21. Armin Wassermann (Bruder des Schriftstellers Jakob Wassermann) müsste es sein, der in Vicki Baums Autobiographie eine wichtige Rolle spielt, weil er die angehende Autorin einstmals sehr ermunterte. Vicki Baum: Es war alles ganz anders. Erinnerungen, Zürich 1964, S. 294 ff.

24 Haberer, a. a. O. 12, S. 47 f.

25 Sheppard, a. a. O. Bd. 2, S. 11/34.

26 Ebenda, S. 534.

27 Ebenda, S. 529.

zum Bruch gekommen, Hiller etwa Ende Februar 1911 ausgeschlossen worden; dafür auch einmal die Vokabel: er habe sich »ohne besonderen Widerstand aus dem Club relegieren« lassen.²¹ Oder war es doch ein »Austritt«?²² Mit Hiller verließen Ernst Blass und Armin Wassermann den Neuen Club. Der Anlass der Sezession scheint der folgende gewesen zu sein: Es wurde gegen Hiller der Vorwurf erhoben, er sei unzureichend für eine öffentliche Aufführung von Georg Heyms »Atalanta« eingetreten. Daraufhin habe van Hoddiss erfolgreich die Absetzung Hillers vom Amt des Club-Präsidenten betrieben.²³

Hillers Nachfolgegründung, das Cabaret »Gnu«, bestand von 1911 bis Mitte 1914. Es veranstaltete in der Saison 1911/12 vier und 1912/13 fünf Abende.²⁴

Vermutlich bildete aber nicht Hillers Ausscheiden den definitiven Wendepunkt in der Geschichte des Neuen Clubs, sondern der Tod Georg Heyms am 16. Januar 1912. Bis Mitte des Jahres zerfiel der Club dann praktisch, so dass nur noch ein Restbestand von drei Mitgliedern übrig blieb. Ende 1913 war er endgültig erloschen.²⁵

Sheppard ging der Ursache für Hillers Ausscheiden aus dem Neuen Club nach. Verfügte der Club über eine feste Programmatik, und hatte es einen Verstoß Hillers dagegen gegeben? Es kann diskutiert werden, ob die in Betracht kommende Programmatik sich um den Begriff des Neopathetischen gruppierte. Sheppard vermerkte allerdings, dass in den Veranstaltungen eine »kohärente Philosophie des ›Neopathos‹« nicht vorhanden gewesen sei, auch nicht ableitbar aus der Eigenart der dargebotenen Kunstwerke, »da die Neopathetischen Cabarets auf den ersten Blick ein formloses, kunterbuntes Durcheinander bilden, in dem sich Beiträge verschiedenartigster Provenienz nebeneinander finden.«²⁶ Dennoch leitete Hiller selber die Entzweiung »aus teilweise geistigem Grund« her (siehe oben; sonst wohl aus persönlichen Animositäten und, wie ja bekanntlich leicht in Vereinen zu finden, aus Intrigen). Eine geistig-philosophische Ursache sah auch Sheppard: »In erster Linie hat Hillers bis zum Frühjahr 1911 sich vollziehende Bekehrung zum politisch engagierten Voluntarismus und seine gleichzeitige Ablehnung der Metaphysik ... ihn den im Club verbleibenden, immer noch mit einer metaphysischen Problematik ringenden Mitgliedern entfremdet.«²⁷

Thomas Bleitner vermochte »die Auseinanderentwicklung der theoretischen Grundpositionen« der beiden Hauptakteure, Kurt Hiller und Erwin Loewenson, bereits in der Gründungszeit des Neuen Clubs aufzuzeigen, einen Riss, der schließlich dann zu dem »Aufbruch« von 1911 geführt habe: »Während Loewenson ... einen ›vitalisierenden Weltaspekt‹ im Sinn hatte, der nach dem, so Gunter Martens, ›mystische Erfüllung verheißenden Vitalrausch‹ strebte, vertrat Hiller eine weitaus pragmatischere, rationalistischere Sehweise. Für ihn bedeutete Kultur die ›synthetische Verfeinerung der Gesamtheit eines geistigen Daseins‹: Der ›Kultivierte‹ war für Hiller ein Betrachter der ›Gegebenheiten‹ des sozialen Lebens, der Philosophie, der Kunst; ein Betrachter, der dadurch, dass er sich seiner Rolle als avantgardistischer Ideenträger bewusst würde und diese Ideen publizistisch und künstlerisch nach außen trage, seine passive Position überwinde. Hiller konfrontierte damit das ›untätige‹ Ästhetentum

mit einem *Erkenntnisakt*: mit der kulturellen Bewusstwerdung, die auch das ethische Moment – in Form eines ›starken Willenselements‹ beinhaltetete.«²⁸

Der Hiller-Forscher Rolf von Bockel, so Thomas Bleitner, erkenne »zu Recht, dass bei den Neopathetikern ›ein Anspruch zur Weltveränderung‹ vorhanden gewesen sei, deren Aktivitäten jedoch nicht sozialreformerisch, sondern vielmehr ›rein philosophisch-literarischer Natur‹ waren«. Bleitner schrieb: Dagegen in der Sicht Hillers, »und das unterschied ihn von Loewenson, sollte eine unter neopathetischen Vorzeichen existierende ›kulturelle Gesinnung‹ möglichst auch ethisch zum Tragen kommen.« Was sei es, was »die gesamte Frühphase sowohl des Hillerschen Schaffens als auch die des *Neuen Clubs* insgesamt« charakterisiere? – Das Bemühen um Bestimmung kunsttheoretischer Positionen. Hiller erkannte eine Diskrepanz zwischen Ethik und Ästhetik und hat diese später weiter spezifiziert. Aus dieser Erkenntnis leitete er aber (noch) keine Verpflichtung zum Handeln, zur »Tat« ab. – Hillers Aktivitäten als Literat sind zu jenem Zeitpunkt ästhetischer, dichtungstheoretischer Natur – und nicht politischer.²⁹

Mit Zugrundelegung dieser Ausführungen Bleitners erklärt sich endlich eine Darlegung Hillers in einem seiner bekanntesten Aufsätze: »Die Jüngst=Berliner«. Dieser fand in der Forschung viel Beachtung, aber es steht darin eine Sonderbarkeit: die rigorose Absage an das revolutionäre Prinzip, ein antirevolutionäres Bekenntnis, das vor allem deshalb auf Unverständnis stoßen muss, weil es von einem Propagandisten herrührt, der gerade im Begriff ist, eine Literaturrevolution auszurufen. erinnert man sich an das Motto, das einem Friedrich Schiller ebenso nahe war wie Jahrhunderte zuvor schon dem Reichsritter Ulrich von Hutten, das berühmte »in tyrannos!«, so bezog der junge Hiller damals exakt die Gegenposition. Er schrieb: »Was wollen wir? – Zunächst mal: wir wollen mit nichten Tyrannen stürzen. Kitschzelebritäten, darauf vertrauen wir, sinken von selber zusammen; und die sechs, sieben wahrhaft Großen, die leben³⁰ – ... denen fühlen wir uns nicht nur nicht antipodisch, sondern geradezu religiös subjiziert. Ich weiß nicht, ob es eine Kunstsoziologie gibt, und, falls es eine gibt, ob sie an ein Gesetz glaubt, wonach die jeweils jüngere Generation zu der älteren sich eminent kriegerisch verhalte; auf uns träfe solch Gesetz jedenfalls nicht zu. Wir bekämpfen Richtungen, Theorien – nicht Meister. Ob wir den revolutionären Gestus haben, entzieht sich meiner (wundervollen) Distanzlosigkeit: – daß nie eine Gruppe der Jugend frömmer, begeisterter, autoritätengläubiger war als wir, steht fest.«³¹

Es dreht sich also um das Verhältnis zwischen voranstrebenden »jüngsten« Poeten und ihren Vorbildern, oft Älteren, den »Meistern«. Sollte es umzustürzen sein, wäre dies ein Umsturz einzig im innerliterarischen Bereich, eine Literaturrevolte. Dieser setzte Hiller sein schroffes Nein entgegen (niemand »autoritätengläubiger« als wir »Jüngst=Berliner«); das Revolutionäre, das Kriegerische, Vokabeln in seinem Wortschatz, bezeichnen hier also nicht etwas Außerliterarisches oder Soziales, weder die politische noch die soziale Revolution. Derselbe antirevolutionäre Gestus findet sich etwas später noch in einem Gedicht von Ernst-Wilhelm Lotz (1890-1914), einem engen

28 Wie Anm. 8, S. 17.

29 Ebenda, S. 18.

30 Er zählte auf: Heinrich Mann, Wedekind, Kerr, Karl Kraus, Rilke, Stefan George, den »frühen« Hofmannsthal.

31 Der Aufsatz erschien in einer Zeitungsbeilage. Sie war betitelt: Literatur und Wissenschaft. Monatliche Beilage der Heidelberger Zeitung, Nr. 7 (22. 7. 1911); ich zitiere nach dem Sonderabdruck, S. 2 f.

Freund Hillers aus seiner Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Neuen Club:

Begreift!

Von Dumpfheit summt das halbe Kaffeehaus,
Das halbe ist getaucht in leichtes Glühen
Und flackert in den Lampentag hinaus,
Wo dünne Nebel an die Scheiben sprühen.

Es wollen ernste Freunde mich bedeuten,
Ich sei zu leicht für diese Gründerjahre,
Weil ich, statt kampfgenössisch Sturm zu läuten,
Auf blauer Gondel durch den Äther fahre.

Ich sah bisher nur Zeitungsfahnenwische
Und warte längst auf Barrikadenschrei,
Daß ich mich heiß in eure Reihen mische,
Besonnt vom Wind des ersten Völkermai!

Den Kopf ganz rot, malt ihr Kulissenbrand
Und überträumt die Zeiten mit Besingung.
Begreift: Ich wirke, spielend freier Hand,
Mein helles Ethos silberner Beschwingung!³²

32 Zit. bei Hiller, *Ratioaktiv*, wie Anm. 4, S. 15.

Das ist ein Stück Poesie, das den Begriff des Neopathos in Hillers Sehweise der Jahre 1909 ff. womöglich völlig erfüllt. Es ist aber auch ein Stück Absage an die Politik, an das Eingreifen des Dichters in die Politik, sosehr Ambivalenz mitschwingt: auf den »Barrikadenschrei« warten, den »Wind des ersten Völkermai«. – Der Wandlungsprozess, der in der Berliner Moderne stattfand, ging wie an anderen, so an Lotz nicht vorüber. Das wird deutlich, wenn man zum Vergleich das später entstandene Gedicht desselben Lyrikers: »Aufbruch der Jugend« (1913) heranzieht. Darin heißt eine Strophe:

Wir fegen die Macht und stürzen die Throne der Alten,
Vermordete Kronen bieten wir lachend zu Kauf,
Wir haben die Türen zu wimmernden Kasematten zerspalten
Und stoßen die Tore verruchter Gefängnisse auf.³³

33 Aus: *Menschheitsdämmerung*. Ein Dokument des Expressionismus, neu hrsg. von Kurt Pinthus, Leipzig 1968, S. 250.

34 Wie Anm. 7, S. 19.

Für die Entwicklung Kurt Hillers zum politischen Schriftsteller ist nach dessen eigener Aussage ein erstes Zeugnis der Artikel »Über Kultur« (1909). Nach Thomas Bleitners Bewertung ist darin »ein etwas diffus wirkendes Verständnis von Kultur«³⁴ zugegen: »So bleibt denn ›Kultur‹ ... uns übrig als die Bezeichnung für einen logisch kaum faßbaren, aber gefühlsmäßig doch recht bestimmten Verfeinerungsgrad der Bewegungen und Funktionen einer Seele.«³⁵ In demselben Essai, quasi im Nachsetzen: »Kultur ... bedeutet nicht: bloße Verfeinerung einer einzelnen Funktion; auch nicht: eine Addierung von zufälligen Verfeinerungen verschiedener (!) Vermögen; eher schon: eine Verfeinerung des Unsagbaren, das zwischen ihnen fließt; die synthetische Verfeinerung der Gesamtheit eines geistigen Daseins. Dem kultivierten Menschen weist seine Kultur überall a priori

35 WdL 1, 55.

den Ort an, von dem aus er die Gegebenheiten des sozialen Lebens, der Philosophie, der Kunst betrachte ...«³⁶

Immer noch ist nicht die Rede von der Tat, dem Tun, dem Eingreifen, der Politik; die Rede ist von – Betrachtung, der Kontemplation aus der Perspektive des Kultivierten. Dennoch, so Bleitner, »markiert« dieser Artikel »sicherlich den Ausgangspunkt des Hillerschen Weges zum ›Wollen‹, der 1915 schließlich im Aktivismus mündete«. Zwar rede er in dem Essay noch »eindeutig vom Standpunkt des Ästheten«, versuche jedoch gleichzeitig, »dem passivischen Ästhetentum einen Erkenntnisakt, nämlich die kulturelle Bewusstwerdung entgegenzusetzen und damit auch ethische Momente zu integrieren. Voluntaristische Ansätze jedenfalls – die ›starken Willens-elemente‹, die sich ›beimischen‹ – tauchen im kunstästhetischen Kontext bei Hiller hier erstmals dezidiert auf. ›Vom Zweifeln zum Wollen: diese Straße führt, nicht arm an Windungen, durch dieses Buch‹, heißt es im Prolog der *Weisheit der Langenweile*.«³⁷

Hillers »geistesaristokratische Anschauungen«, die sich in dem Essay »Über Kultur« andeuteten, so Bleitner weiter, hätten in einem späteren Artikel, betitelt: »Litteraturpolitik«, »deutlichere Konturen« erhalten.³⁸ Zentral bleibt darin der »Erlebnis«-Begriff. Die »geistige Politik«, eben »Literaturpolitik«, wird der Politik des Alltags, der Politik der Regierungen und Parlamentarier, aber auch der Politik der Parteien und der Arbeiterbewegung vorgeordnet: »Sonderbar: falls das Leben irgendwozu da ist, dann doch gewiß nicht für seine Regelung, sondern für sein Erlebnis; nicht für den Unterbau, auf dem sich der Palast der erlauchteren Sensationen erst erhebt, sondern für die erlauchteren Sensationen selber. Kurz: das, worum die Geister kämpfen in Philosophie, Kunst, Schrifttum, ist wichtiger, ernster, wesentlicher als das, worum mit Recht Bezirksvereine, Leitartikler, Volksvertreter kämpfen. Sonderbar: gerade wer nicht so seicht ist, der niederen Nützlichkeit die höchste Dignität zuzusprechen, wer im Zivilisatorischen nur das (unentbehrliche, aber belangarme) Mittel zum Zwecke des Kulturellen erblickt, gerade ein solcher sollte doch – wofern er Politik als Form überhaupt billigt – Litteraturpolitik als etwas auffassen, was an Würdigkeit die Parlamentspolitik bei weitem übertrifft.«³⁹

Dass dies kein Standpunkt war, den ein Politiker der Zeit, geschweige ein redlicher Streiter in den Reihen der Arbeiterbewegung hätte ernstnehmen, gar gutheißen können, liegt auf der Hand – und Hiller hatte immerhin einen der wichtigsten Arbeiterführer der Epoche neben Bebel in seiner Verwandtschaft, Paul Singer (1844-1911). Die Wendung: »im Zivilisatorischen nur das (unentbehrliche, aber belangarme) Mittel ...« musste – und muss – denjenigen zum Widerspruch reizen, ihn empören, dem das Unentbehrliche fehlt und der jeden Tag darum kämpft, es seiner Familie und sich zu verschaffen. Für ihn wird der alltägliche Kampf zum Belangvollsten.⁴⁰

Ähnliches wendete der beste Kritiker in den Reihen der Arbeiterbewegung der Kaiserzeit, Franz Mehring, zum damaligen Zeitpunkt gegen die Jüngst-*Wiener* ein, in erster Linie gegen Hofmannsthal: »Es ist eine Poesie reicher Söhnchen für reiche Söhnchen; wer sich mit der handfesten Wirklichkeit des rauen Lebens herumschlagen muß, erwirbt sich nicht die Feinheit der Sinne, um diesen luftigen Nektar genießen zu können.«⁴¹

36 Ebenda, 69 f.

37 Ebenda, S. 20.

38 Ebenda, S. 24.

39 Ebenda, S. 92.

40 Das Ganze könnte missverständlicher Karl Kraus sein, der in vielen Texten davor warnte, das »Lebensmittel« zum »Lebenszweck« zu erheben, also in der Sicherung der materiellen Basis des Lebens das Höchste zu sehen und den Anspruch auf den »Lebenszweck« (die Kultur) hinterzuordnen.

41 Franz Mehring, a. a. O., S. 527.

Der Name Hofmannsthal spielte wieder im Streit zwischen Hiller und Loewenson eine Rolle. Die Differenz Hiller/Loewenson zeigte sich nämlich auch darin, wer von beiden welchen Gegenwartsautor mehr schätzte, Hiller: Heinrich Mann und Alfred Kerr; Loewenson: Hofmannsthal.⁴²

42 Bleitner, a. a. O., S. 17 f.

Von dem zitierten Kulturbegriff Hillers abgeleitet ist sein Ideal der neuen Poesie: »Und wenn es heute eine Dichtkunst gibt, welche das Erlebnismäßige und den Gefühlston intellektischer Problematik zum Gehalt hat, eine Dichtkunst, geschaffen von solchen und für solche, die weder ihre Seele aushängen, wenn sie nachdenken, noch den Relevanzen ihres geistigen Selbst den Eintritt in die Bezirke des Erlebnisses verwehren: so möge man dies als eine wundervolle Errungenschaft begrüßen, als eine göttliche Gabe letzter Verfeinerungen, als das glitzernde Zeichen einer gesteigerten Kultur.«⁴³

43 WdL 1, 64.

Ging die Mehrzahl der am Frühexpressionismus Beteiligten in der Folgezeit den Weg weiter, der sie zur Politisierung führte, nun doch zu einer Politik im Bereich außerliterarischer Bestrebungen, zur Alltagspolitik fern der »Litteraturpolitik« gar, so fiel dafür dem Text eines Älteren eine außerordentliche Funktion zu: Heinrich Manns Aufruf »Geist und Tat« (1910). Thomas Bleitner spricht von dessen »initialzündender Bedeutung für die gesamte expressionistische Generation«; sie habe »ein neuartiges dichterisches Selbstverständnis innerhalb linksorientierter Schriftstellerkreise Deutschlands« hervorgerufen.⁴⁴ Hiller selber rühmte in der Retrospektive (1936) Heinrich Mann: »Große Kunstwerke, die er schuf, während eines Dritteljahrhunderts, und jene Mit-Initiation des Aktivismus durch seine Essays »Geist und Tat« (1910), »Zola« (1915) und andere, auf denen allen schon die Patina des Klassischen und ein Glanz der Geschichte ruht, würden ihm die Dankbarkeit derer in Mit- und Nachwelt, auf die es ankommt, selbst dann sichern, wenn er als Alternder unter der Herrschaft der Barbaren schwiege. ... niemand inbrünstiger als er, niemand mit so gestalterischem Hasse wie er predigt gegen den Teufel für uns alle.«⁴⁵

44 A. a. O., S. 21.

45 Publizist Heinrich Mann, in: Köpfe und Tröpfe. Profile aus einem Vierteljahrhundert, Stuttgart 1950, S. 43-51; hier: S. 43 f.

Hillers und Loewensons Gründung, der Neue Club, existierte rund vier Jahre, von 1909 bis 1913. Die Auseinandersetzungen, in die sich seine Mitglieder verwickelten, haben wie so viele andere ihresgleichen in literarischen Bewegungen und Einrichtungen nur noch das literaturgeschichtliche, man könnte sagen: ein antiquarisches Interesse für sich. Von einer einheitlichen weltanschaulichen Lehre, die der Tätigkeit des Clubs zugrunde gelegen hätte, oder auch nur von einer fest umrissenen Kunstauffassung, kann nach allem nicht die Rede sein. Eines aber, was ihn selbst in der heutigen Zeit noch als vorbildhaft erscheinen lässt, ist: seine Relevanz als Institution, die half, Kunstwerke hervorzubringen, die selbst nach hundert Jahren noch viel zu sagen haben. Seiner Tätigkeit und derjenigen seines kabarettistischen Seitenstücks, des Neopathetischen Cabarets, ist also eine weit über die Spanne ihres Bestehens hinausreichende Wirkungskraft zu attestieren.

MEINHARD CREYDT

Gesundheitswesen, Bildungswesen, Wissenschaften und Sozialarbeit

Professionelle Tätigkeiten als Gegenstand kritischer Reflexion

Kritik an den Inhalten professioneller Tätigkeiten bildet einen von der gegenwärtigen Linken wenig bedachten Bereich. Das war in der Bundesrepublik der 1970er Jahre anders. Dieser Artikel vergegenwärtigt das damals existente Ausmaß der Auseinandersetzung, nennt einige ihrer Inhalte und Autoren, verortet arbeitsinhaltliche Ansprüche innerhalb der Widersprüche des Kapitalismus und geht der Frage nach, warum es um die auf kritische Gesellschaftstheorien bezogene Kritik an den Inhalten professioneller Tätigkeiten ruhig geworden ist.

In den 1970er Jahren gab es in der Bundesrepublik eine vergleichsweise breite Kritik am Gesundheitswesen, der Schule, der Sozialarbeit sowie der Universität. Vielfältige diesbezügliche Arbeitsgruppen und Initiativen existierten. Sie sammelten sich u. a. in den verschiedenen »Arbeitsfeldern« des »Sozialistischen Büro«. Seit 1968 existierte ein Sozialistischer Lehrerbund, dessen »Informationsdienst für sozialistische Lehrer« 1973 »eine verkaufte Auflage von mindestens 5 000 Exemplaren« aufwies, »davon etwa 2 000 feste Abonnenten« (Vack 1973, 338). Das »Arbeitsfeld Gesundheitswesen« bestand seit 1974 und gab einen »Informationsdienst Gesundheitswesen« heraus. Der »Informationsdienst Sozialarbeit« wandte sich ab 1972 »an Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Sozialplaner, Psychologen, Erziehungsberatungsstellen, Kriminologen, Pfarrer, Berufsschullehrer, Dozenten und Studenten an Fachausbildungsstätten, Studenten, die in sozialpolitischen Projekten arbeiten, und andere, die beruflich im Sozialbereich tätig sind« (Vack 1973, 338). In der Ausgabe 14 (1976) ist eine Auflage von 5 000 vermerkt. Die verschiedenen »Informationsdienste« des SB wurden Anfang der 1980er Jahre zu einem Periodikum zusammengefasst, das bis heute erscheint: »Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich«.

Im Bereich der Schule wurde in den 1970er Jahren vergleichsweise breit die Notwendigkeit gesehen, den verbreiteten Lehrinhalten andere Inhalte entgegenzusetzen. »Kritische Lehrer stehen vor der Schwierigkeit, tagtäglich unterrichten zu müssen, vorhandene Unterrichtshilfen wegen ihres überwiegend apologetischen Inhalts jedoch nur selten verwenden zu können. Mit der Reihe Roter Pauker werden Materialien aus der Unterrichtspraxis dargestellt: einerseits als Arbeitshilfe bei der Unterrichtsvorbereitung, andererseits als Gegenstand kritischer Reflexion und Diskussion« (Sozialistisches Büro

Meinhard Creydt – Jg. 1957, Dr., Dipl.-Soziologe, Dipl.-Psychologe; lebt und arbeitet in Berlin; Bücher – u. a. »Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit«, Frankfurt a. M. 2000 – sowie zahlreiche Artikel u. a. in »Das Argument«, »Berliner Debatte Initial«, »Kommune«, »Widerspruch« (Zürich), »Weg und Ziel« (Wien); zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Befreiung der Arbeit, Heft 189/190 (Juli/August 2006).

1 Der SHB hieß bis zum Namensentzug seitens der SPD 1973 Sozialdemokratischer Hochschulbund.

2 Vgl. beispielsweise Georg Auernheimer: Mündigkeit und Allgemeinbildung als Erziehungsanforderungen der bürgerlichen Gesellschaft, in: Demokratische Erziehung 1977, H. 3.

3 »Ferner muss die Widerlegung nicht von außen kommen, d.h. nicht von Annahmen ausgehen, welche außer jenem System liegen, denen es nicht entspricht. Es braucht jene Annahmen nur nicht anzuerkennen; der Mangel ist nur für den ein Mangel, welcher von den auf sie gegründeten Bedürfnissen und Forderungen ausgeht... Die wahrhafte Widerlegung muss in die Kraft des Gegners eingehen und sich in den Umkreis seiner Stärke stellen; ihn außerhalb seiner selbst anzugreifen und da Recht zu behalten, wo er nicht ist, fördert die Sache nicht.« (Hegel).

4 Sie ist Teilmenge einer übergreifenden Problematik, »die ungeheure Marxsche Arbeit der Kritik und ›Verarbeitung‹ lebendig zu erhalten«, so dass die Ergebnisse nicht zu »toten Evidenzen, wie Maschinen ohne Arbeiter« werden. »Die marxistische Theorie kann sich der Geschichte gegenüber verspäten und sich selbst gegenüber verspäten, wenn sie jemals glaubt, angekommen zu sein« (Louis Althusser 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg, 76 f.). Die Negativität missrät bei der MG bzw. ihren Anhängern oft zu einer neuen Positivität. Die Wahrheit wird dann, einem Wort Brechts zufolge, geglaubt wie die

1973, vorletzte, nicht mit einer Seitenzahl versehene Seite). Die Marxistische Gruppe gab noch in den späten 1980er Jahren Broschüren heraus, in denen sie zentrale Inhalte des Deutschunterrichts, des Politik/Gemeinschafts- und Geschichtsunterrichts kritisierte und dies z. B. an literarischen Klassikern (Kafka, Brecht u. a.) verdeutlichte (»Was man im Unterricht lernt – Marxistische Schulzeitung«) – es handelte sich um Zusammenstellungen von zuvor an Schulen verteilten Flugblättern.

Auch andere Organisationen unterhielten eigene Zeitschriften, die einzelne professionelle Praxisfelder diskutierten: Die Zeitschrift »Demokratische Erziehung« war eher DKP-nahen Organisationen wie dem Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) zuzuordnen, was nicht verhinderte, dass hier Aufsätze erschienen, die auch 30 Jahre später lesenswert sind.² Von diesem Milieu wurde auch lange der im Jahre 1968 entstandene »Bund demokratischer Wissenschaftler« dominiert, der sich nach 1989 inhaltlich öffnete.

Die Marxistischen Gruppen (MG) bzw. ihre Vorläuferorganisation Rote Zellen/Arbeitskonferenz legten den Schwerpunkt ihrer Praxis darauf, seit Anfang der 1970er Jahre in großem Umfang eine Kritik an vornehmlich den Sozial- und Geisteswissenschaften zu betreiben. Anspruch war hier, sich auf die Stärken des Gegners einzulassen.³ Zusammengefasst wurde diese Kritik und die an sie geknüpfte politisch-strategische Einschätzung im damals breit diskutierten Band »Wissenschaft und Kapital« (München 1972, Nachdruck Marburg 1973). Als gelungenes Beispiel dieser Kritik kann die auch heute noch lesenswerte Auseinandersetzung mit G. H. Mead gelten – auf drei eng bedruckten Zeitungsseiten in der »Münchner Studentenzeitung« vom 2. 5. 1974. Eindruck machte damals auch die in diesem Milieu als Prototyp einer durchgeführten Wissenschaftskritik gehandelte Kritik der Kommunikationsforschung (inklusive 80 S. Linguistikkritik) von Karl Held. Sie erschien 1973 (für heute undenkbar) im Hanser-Verlag. Die oft kurzschlüssige Selbstgewissheit⁴ und das penetrante Auftreten⁵ vieler MG-Adepten, das der in den Roten Zellen Marburg führende Michael Stamm bereits 1975 in seiner Austrittserklärung prägnant charakterisierte (abgedruckt in der Frankfurter Zeitschrift »diskus« 3/1975, 25. Jg.), hat dieser Formation viel Antipathie und berührungsscheue Distanz eingetragen, bei gleichzeitiger Unterstützung durch Teile der Studentenschaft⁶ und immant gesehen durchaus erfolgreicher Rekrutierung langfristig treuer Anhänger. Die MG vermochte zu den seltenen von ihr veranstalteten Demonstrationen bundesweit in den 1980er Jahren jeweils über 10 000 Teilnehmer zu versammeln. Früh sind die im positiven Sinne immunisierenden Effekte einer gründlichen kritischen Befassung mit Wissenschafts- bzw. Arbeitsinhalten wahrgenommen worden.⁷ Von der Kritik *im* Beruf unterschied sich die MG-Kritik an Wissenschaften und Berufen dadurch, dass sie explizit nicht als Vorbereitung auf irgendwie kritische Berufspraxis gedacht war. Die MG hielt ihre Mitglieder und Sympathisanten dazu an, Tätigkeiten im Erwerbsleben danach zu wählen, dass sie möglichst viel Zeit und Einkommen ermöglichen für die getrennt von ihnen stattfindende politische Betätigung.

Auch andere studentische Organisationen wie die NRW-weit tätige Gruppe Rheinische Zeitung (1977, 15 ff., 127 ff.) und der (sich später z. T. der MG anschließende) SHB/SF betrieben eine auf Gesellschaftsstrukturen des Kapitalismus bezogene Wissenschaftskritik. Selbst die »Arbeitshefte für sozialistische Theorie und Praxis – Beiträge zur Arbeit der Juso-Hochschulgruppen« hatten in Heft 3 (im April 1977) zum Themenschwerpunkt die Kritik bürgerlicher Wissenschaft. In der späteren MG wurde in den 1980er Jahren der Schwerpunkt eher auf innen- und weltpolitische Themen gelegt. Kurz vor der Auflösung der MG 1991 erschienen in hoher Auflage Broschüren, die die Kritik an den Inhalten der Medizin, der Psychologie und der Pädagogik zusammenfassten (unter dem Titel: Argumente gegen die Medizin bzw. Psychologie bzw. Pädagogik bzw. VWL u. a.). Die spätere Zeitschrift »Gegenstandspunkt« hat seit 1992 hier kaum neue Resultate vorgelegt. Eine Abspaltung der MG organisierte sich im »Arbeitskreis Bildung«, der von 1978 bis 1980 neun Ausgaben der Zeitung »Bildung« herausgab und in zwei Bänden die Kritik an Schule auf eine konkretere und näher mit der Praxis befasste Weise artikulierte.⁸ Auch die seit 1973 bis Ende der 1970er Jahre in Münster erschienenen »Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft« von Autoren, die später die Zeitschrift »Peripherie« und den Verlag »Westfälisches Dampfboot« gründeten, gehören in dieses Spektrum.⁹

Im Editorial zu Nr. 1 von »Psychologie und Gesellschaftskritik«¹⁰ hieß es für den hier vorgestellten Teil der Wissenschaftskritik einschlägig: »Eine Kritik bürgerlicher Psychologie sollte aufzeigen, dass deren Fehler, Widersprüche und Ungereimtheiten – kurzum ihre Borniertheit – der kapitalistischen Produktionsweise entspringen und innerhalb ihrer ökonomischen, politischen und ideologischen Grenzen nicht zu überwinden sind. Mit diesem Aufweis werden Illusionen zerstört, die das Erscheinen der Widersprüche mit dem Ort ihrer Bekämpfung und Aufhebung gleichsetzen. (...) Nur die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und ihrer Organisationsstruktur lässt zu, dass sich Intellektuelle politisch richtig gegenüber den Widersprüchen in ihrem Arbeitsbereich verhalten (...) Die Auseinandersetzung mit bürgerlicher Psychologie kann nicht heißen, ihr durch einen bloßen, subjektiven Willensakt eine ›bessere‹, nunmehr ›Wissenschaft (...) im Interesse (...) der arbeitenden Bevölkerung‹ (FACIT 1974, Nr. 36 – eine Zeitschrift des MSB, Verf.) an die Seite zu stellen« (S. 4 f.). Die Autoren hätten auf eine Argumentation Max Horkheimers hinweisen können, die hier – um den Luhmannschen Klempnerjargon zu benutzen – anschlussfähig wäre: Es geht nicht darum, »irgendwelche Mißstände abzustellen, diese erscheinen (...) vielmehr als notwendig mit der ganzen Einrichtung des Gesellschaftsbaus verknüpft. (...) Die Kategorien des Besseren, Nützlichen, Zweckmäßigen, Produktiven, Wertvollen, wie sie in dieser Ordnung gelten, sind ihm vielmehr selbst verdächtig und keineswegs außerwissenschaftliche Voraussetzungen, mit denen es nichts zu schaffen hat. Während es zum Individuum in der Regel hinzugehört, dass es die Grundbestimmungen seiner Existenz als vorgegeben hinnimmt und zu erfüllen strebt (...), ermangelt jenes kritische Verhalten durchaus des Vertrauens in die Richtschnur, die das ge-

Lüge. »Die Selbstzufriedenheit des Vorwegbescheidwissens und die Verklärung der Negativität zur Erlösung sind unwahre Formen des Widerstandes gegen den Betrug.« (Adorno, Horkheimer: Dialektik der Aufklärung. Amsterdam 1947, S. 36).

5 Den einschlägigen Habitus – auch und gerade in innerlinken Auseinandersetzungen – hat Rudolf Burger treffend charakterisiert in »Ästhetik und Kommunikation« 31/1978.

6 Die Rote Zellen/AK besetzten bis zur Abschaffung 1974 den AstA der Münchener Uni (LMU). Die MG errang 1978 in Bremen 5 von 25 und in Marburg 6 von 40 Sitzen im Studentenparlament.

7 »Was sich auf den ersten Blick als Rückkehr zu bürgerlichem Wissenschaftsverständnis ausnimmt, als Leugnung von Habermas' »Erkenntnis und Interesse«..., kann, als Wirkung in der Sozialisation der Studenten gesehen, Kontrollfunktion gegen ihre Herkunft und Zukunft gewinnen. Wer sich als Kleinbürger und künftiger Akademiker vornimmt, sich kein anderes Lebensziel zu setzen als das der Überwindung des Kapitalverhältnisses, stellt sich radikal in den Dienst eines Ziels, das er selbst nur durch den Kopf zu gewinnen glaubt ... Wer als Lehrer, als Volkswirt, als Jurist so in den Beruf geht, hat eine hohe Mauer gegen den Weg nach oben gebaut, jedenfalls eine charakterliche.« (Fuchs 1977, 219).

8 Auch heute noch von Interesse sind die Texte: Schule (I): Auslese. Kassel

1978, Programmatische Erklärung des Arbeitskreis Bildung, in: Ders.: Bildung Nr. 5. Göttingen 1979; Schule II: Anforderungen (1). Sich als Bürger verhalten können – Die Lernziel-erfassung des Bürgers, Kassel 1979.

9 Vgl. am prononciertesten das 140 Seiten umfassende Heft 13 (1978) zum »Hochschulsozialismus« und den Band 7/8 »Zur politischen Praxis von Lehrern« (1977).

10 Die Zeitschrift hieß 1977 zunächst »Psychologie und Gesellschaft«.

sellschaftliche Leben, wie es sich nun einmal vollzieht, jedem an die Hand gibt« (Horkheimer 1970, 27 f.).

Gegenüber Vorstellungen von einer irgendwie alternativen Berufspraxis wäre in diesem Spektrum ein Vorbehalt geäußert worden, den bereits Gottfried Keller in »Der grüne Heinrich« formulierte (2. Fassung, 4. Teil, 2. Kapitel): »Es gibt eine Redensart, dass man nicht nur niederreißen, sondern auch wissen müsse aufzubauen, welche Phrase von gemütlichen und oberflächlichen Leuten allerwegs angebracht wird, wo ihnen eine sichtende Tätigkeit unbequem entgegentritt. Diese Redensart ist da am Platze, wo obenhin abgesprochen oder aus törichter Neigung verneint wird; sonst aber ist sie ohne Verstand. Denn man reißt nicht nieder, um wieder aufzubauen; im Gegenteil, man reißt recht mit Fleiß nieder, um freien Raum für Licht und Luft zu gewinnen, welche überall sich von selbst einfinden, wo ein sperrender Gegenstand weggenommen ist. Wenn man den Dingen ins Gesicht schaut und sie mit Aufrichtigkeit behandelt, so ist nichts negativ, sondern alles ist positiv, um diesen Pfefferkuchenausdruck zu gebrauchen.« Ähnliches artikuliert auch Walter Benjamin in seinen Thesen zum (von ihm »positiv« gesehenen) »destruktiven Charakter«.

Anspruch einer im Praxisbereich betriebenen kritischen Arbeit war es, beispielsweise in der Schule »gegen die Schul-Bildung, deren Mittel (Unterrichtsgegenstände) zum Zweck des Erkennens zu machen.(...) Nur indem man die besonderen Unterrichtsgegenstände selbst für sich ernst nimmt (...), ermöglicht man eine Erklärung jener Umwelt, die die kapitalistische Bildung als nicht mehr zu »hinterfragende« Voraussetzung zur Einübung ihr gemäßen Verhaltens nimmt. Wissen vermitteln heißt, die Inhalte aus ihrer Instrumentalisierung durch Erkennen zu lösen. Im Resultat werden die Abstraktionen abstrakt allgemeiner Bildung auf das zurückgeführt, wovon sie Abstraktionen sind, nämlich auf die kapitalistische Gesellschaft« (Arbeitskreis Bildung 1979, 12).

Eine Diskussion um kritische Berufspraxis fand sich u. a. im Kursbuch 40 von 1975 (Titel: Beruf: Langer oder kurzer Marsch) und in Nr. 10 der in Berlin erschienenen »Schwarze Protokolle« (1975). Im Argument-Verlag erschienen in der Reihe »Schule und Erziehung« in den 1970er Jahren und Anfang der 1980er mehrere Argument-Sonderbände mit Artikeln zur Kritik des Bildungswesens. Eine Mischung zwischen Kritischer Theorie, Foucault und Kritik der politischen Ökonomie enthielt die für die Kritik der Pädagogik wesentliche Zeitschrift »Randgänge der Pädagogik«. Sie erschien in Marburg von 1976 an in 13 Bänden. Als organisationsunabhängige Zeitschriften bzw. Schriftenreihe erscheinen bis heute zur Kritik der Psychologie das »Forum Kritische Psychologie« als Publikation der Holzkamp-Schule und seit 1977 die Zeitschrift »Psychologie- und Gesellschaftskritik«. Sie hatte zunächst den Untertitel »Zeitschrift zur Kritik bürgerlicher Psychologie«. An ihr lässt sich ablesen, wie der ursprünglich kritische Impuls, die Analysen im Kontext eines grundsätzlichen, kritischen gesellschaftstheoretischen Horizonts zu verorten, verloren ging zunächst zugunsten irgendwie alternativer Vorschläge und Meinungen. Schließlich wurde dieses Blatt (und seine Tendenz ist prototypisch auch für andere Blätter) zum Tum-

melplatz von Nachwuchswissenschaftlern und ihres Profilierungseifers (»publish or perish«). Psychologie- und psychiatriekritische Artikel fanden sich auch in den 1970er Jahren in der Zeitschrift »Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis«, die entgegen landläufigen Auffassungen von Verhaltenstherapie politisch kritischer war als das Gros der Psychoanalytiker.

Eine organisationsunabhängige Zeitschrift zur kritischen Auseinandersetzung mit der Medizin erschien im Argument-Verlag ab 1970 unter dem Titel »Kritik bürgerlicher Medizin«, hieß ab 1972 »Argumente für eine soziale Medizin« und ab 1976 Reihe bzw. Jahrbuch »Kritische Medizin«. Weiterhin gab es das »Forum für Medizin und Gesundheitspolitik« (ab 1977) und das »Gesundheitspolitische Forum. Kollektives Organ im Gesundheitssektor arbeitender Gruppen« in der Mitte der 1970er Jahre sowie die heute noch existierende Zeitschrift »Dr. med. Mabuse«. In München erschienen von 1979 bis 1986 elf Ausgaben der psychiatrie- und psychologiekritischen Zeitschrift »Türspalt«.

Vielfältige und zum Teil nicht an grundsätzliche Gesellschaftskritik anknüpfende Ansätze zur Kritik am Medizinsystem fanden ihren Ausdruck in Großveranstaltungen wie dem Gesundheitstag 1980 in Berlin. Zeitweise bestanden »Gesundheitsläden«, in denen ganz pragmatisch und verbraucherfreundlich Patienten beraten und alternativmedizinische Praktiken empfohlen wurden. Die grundsätzliche Kritik an der Medizin in der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie André Gorz (1977, 97-108) knapp und prägnant formulierte, wurde hier selten erreicht.¹¹ Die Kritik bewegte sich von der gesellschaftsformationsspezifischen Kritik weg zu einer allgemein modernekritischen Thematisierung *des* Experten. Von der »potentiellen Gemeingefährlichkeit« (Goode 1972, 160) der Professionen wird gesprochen, sind sie doch von außen, von Vorgesetzten oder vom Laienpublikum, aus Kompetenzmangel nicht wirksam zu beurteilen oder gar zu kontrollieren. Mit Illich wurde die Macht in der Gesellschaft auf die Macht der Experten eng geführt.¹²

Seit 1976 existieren oppositionelle Listen in den Landesärztekammern und seit 1986 ein »Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte« (vdää). 1976 errang in Hessen die »Liste demokratischer Ärzte« »mit einem deutlich linken Wahlprogramm« (Beck 2002, 78) aus dem Stand 10 Prozent der Stimmen. Die Listen in anderen Bundesländern – in den neuen Bundesländern entstanden laut Beck keine – nannten sich »Liste Gesundheit«, »Liste Soziales Gesundheitswesen«, »Liste unabhängiger demokratischer ÄrztInnen«. »Bis etwa 1992 legten die oppositionellen Listen Wahl für Wahl zu und erreichten schließlich einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 22 Prozent. Seit 1996 allerdings hat sich das Blatt gewendet, stabilisieren sich die Wählerstimmen bei durchschnittlich 15-20 Prozent« (Ebenda, 78 f.). In Berlin gelang es der »Fraktion Gesundheit« über Koalitionen, ab 1987 den Präsidenten der Ärztekammer zu stellen. Ellis Huber wurde 1998 abgewählt. Seine Positionen (vgl. sein Buch »Liebe statt Valium. Plädoyer für ein neues Gesundheitswesen«. Berlin 1993, Taschenbuchausgabe 1995) waren Beispiel für eine radikale, wenn auch gesellschaftstheoretisch nicht fundierte Kritik am Medizinsystem. Es wäre zu fragen, inwieweit die von Winfried

11 Vgl. zu einer frühen Kritik an der Ausblendung grundsätzlicher, an Gesellschaftskritik anknüpfender Überlegungen den Beitrag von Thomas Willmann und mir im Info des Berliner Gesundheitsladens von 1982.

12 »Ich schlage vor, dass wir die Mitte des 20. Jahrhunderts die Epoche der entmündigenden Experten-herrschaft nennen«. Die Experten werden zu »Machern der gesellschaftlichen Wünsche und Phantasien und der kulturellen Werte« (Illich 1979, 7). Aus den jeweiligen Sonderrollen der Experten und Professionellen scheint sich selbst noch in ihrer Selbstkritik die Gewohnheit fortzusetzen, die eigene Stellung nicht relativieren zu können. Sie bleiben Gläubige ihres eigenen Scheins – wenn auch nun mit umgekehrtem Vorzeichen.

Beck (2002, 79), Vorsitzender des »vdää« seit 1986, für die 1970er Jahre genannten inhaltlichen Schwerpunkte der Medizinkritik (Aufmerksamkeit für Umweltmedizin, für Nazivergangenheit der Medizin, für § 218, für psychosoziale Fächer als Inhalt der Ausbildung, für Psychiatriereform) den Horizont der Medizinkritik richtig umreißen. Becks eigener »radikaler Reformvorschlag« (Ebenda, 81 f.) geht darüber weit hinaus, thematisiert aber nicht gesellschaftstheoretisch fundiert die Hindernisse der Realisierung solcher Vorschläge und die Denk- und Habitusformen im medizinischen Bereich (vgl. dazu Creydt 2006).

Kritik an Technik und Ingenieurskünsten formulierte die Zeitschrift »Wechselwirkung«¹³ seit 1978 und die in vergleichsweise hoher Auflage erschienene Taschenbuchreihe »Technologie und Politik« im Rowohlt-Verlag in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Leider wurde hier nicht angeknüpft an eine bereits 1932 von Heinrich Hardensett formulierte Analyse der zur kapitalistischen Gesellschaftsformation in Divergenz stehenden Momente von Technik.

Ulrich Beck und Michael Brater haben arbeitsinhaltliche Ansprüche als notwendiges und nicht zu tilgendes Moment kapitalistischer Gesellschaften analysiert. Ihre These lautet, »dass diese Maßstäbe und Ansprüche aus den widersprüchlichen Strukturbedingungen der Berufsarbeit selbst hervorgehen und damit in genau derselben Weise gesellschaftlich-historisch begründbar und ›realistisch‹ sind wie die anderen, gemeinhin als sehr viel unproblematischer empfundenen ökonomisch-tauschbezogenen Interessen und Ansprüche im Beruf. Etwas pointiert ausgedrückt wollen wir den Gedanken ausarbeiten, dass sich unser Gesellschaftssystem über den Beruf potentiell selbst kritisiert und in Frage stellt, indem es hier strukturell Zwecke für subjektives Handeln hervorbringen muss, die ihm zugleich widersprechen bzw. den Maßstab darstellen, an dem es selber kritisch zu messen ist« (Beck, Brater, Daheim 1980, 265). In der Zeitschrift »Leviathan« wurden 1976 diese Thesen breit diskutiert.

Zwar bildet der Gebrauchswert kein exterritoriales Gelände gegenüber den kapitalistischen Strukturen, Formen und Bewusstseinsinhalten und wird von ihnen nicht einfach äußerlich unterworfen, setzt aber immerhin einer instrumentalistischen Warentauschorientierung Grenzen. Hoffnung mache, »wie wenig letztlich die subjektive Bedeutung der konkreten Inhalte der Berufsarbeit psychisch substituierbar ist durch abstrakte Gratifikationen« (Beck, Brater 1976, 207). Allerdings müssen unter herrschenden Bedingungen die Arbeitenden schon aus eigenem Interesse ihre arbeitsinhaltlichen Ansprüche dann senken, wenn die sonst überbeanspruchte Arbeitskraft geschont werden soll und insofern Leistungszurückhaltung und -einschränkung nahe liegen. Und ebenso sind eigene Karrierechancen allzu oft mit einer Identifizierung mit dem »Angesagten« verbunden. Hartwig Schmidt (1995) hat die hier einschlägigen Selbstunterwerfungen und Verkehrungen meisterlich charakterisiert. Emanzipatorische arbeitsinhaltliche Ansprüche geraten in Konflikt mit dem Bedürfnis nach Anerkennung.¹⁴ Es kommt zu einer Art doppelter Verkehrung zwischen – etwas moralisch formuliert – betrogenen Betrügnern (vgl. Creydt 2000, 296-303). Die Anbieter sichern

13 In einer Werbeanzeige (von 1981) heißt es: »Wechselwirkung berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte. Wechselwirkung analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. Wechselwirkung ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.«

14 Die viel beschworene »offene Gesellschaft« funktioniert unter der Voraussetzung, dass sie »keine Differenz mehr kennt, die ihre Offenheit bezeugte. Natürlich erlaubt das System die Formulierung kritischer oder gar oppositioneller Ansichten. Doch wen interessiert das? Für die meisten Leute geht es schon lange nicht mehr darum, in irgendeiner Form Recht zu behalten gegen die normative Dampfwalze des Faktischen. Im Wesentlichen geht es vielmehr darum, dabeizubleiben – um nicht zu den Verlierern zu gehören« (Rossum 2004, 38).

sich ihren Absatz auch, indem sie der Herausarbeitung der Bedürfnisse mit ihrer Kompetenz zuvorkommen, vor der Frage die Antwort zu liefern. Umgekehrt finden sich die Anbieter beschränkt durch die entsprechend inhaltlich-qualitativ umstrittene Nachfrage, die sich zwar am vorfindlichen Angebot hatte bilden können, die Anbieter dann aber auf das entsprechende Niveau festlegt.

Beck/Brater betonen zu Recht, dass die individuelle konkrete Berufsarbeit lebensgeschichtlich in einen individuellen Entwurf eingestellt ist, der das Arbeiten in einen umfassenden Deutungs- und Sinnzusammenhang rückt. Alle Kritik an den die Individuen der Vergegenwärtigung ihrer eigenen prosaischen Realität enthebenden Sinnangeboten kann sich zum Sinnbedürfnis insofern nicht einfach negierend verhalten, als dieses auch »eine lebendige verdrängte, aber nicht aufgelöste Realität« (1976, 191) beinhaltet. Arbeitsinhaltliche Ansprüche widersprechen der Orientierung am Prinzip, »erst dann etwas für andere zu tun, wenn man selbst ›etwas davon hat‹« (ebenda). Selbstverständlich sind »Selbstlosigkeit und Verantwortung für andere« sowie »Interesse und Engagement an einer Aufgabe um ihrer selbst willen« sowie »die Bereitschaft, die Arbeit nach ›sachadäquaten‹ und inhaltlichen Maßstäben zu verrichten« (ebenda) ambivalent. Die Berufs- und Helferideologien sind gewiss Gegenstand der gründlichen Auseinandersetzung, wenn an arbeitssinhaltlichen Ansprüchen im emanzipatorischen Sinne angesetzt werden können soll, sie veröden dieses Terrain aber nicht apriori zum für emanzipatorische Ansätze verbrannten Boden.

Dass die Arbeit von ihrer subjektiven Seite her Selbstzweck wird, wird bisweilen von Berufsmenschen anders realisiert als Gesellschaftskritiker sich es vorstellen. Auf die subjektive Verausgabung kommt es dann oft dem Individuum an (neben der extrinsischen Belohnung), und dies überwuchert die Aufmerksamkeit für die soziale Dimension der Arbeit. So ist beispielsweise zu beobachten, wie Ingenieure in der Produktion sich gleichgültig gegenüber Zweck und Grund des Produktes und der sozialen Abwicklung der Produktion (z. B. Entlassungen) verhalten, wenn es ihnen nur selbst gelingt, sich mit einer Tätigkeit geltend zu machen, in der sie sich, wie es so heißt, »einbringen« können. Die Konkurrenz um die interessanten Arbeitsaufgaben vergiftet die Atmosphäre. »Wenn man mit ›denen ganz oben‹, ›privat‹, über sein ›eigenes Projekt‹ verhandeln kann, das man dann in der Freizeit zu Hause für den Betrieb realisiert, so sichert man sich die Arbeit, die kreativ ist, mit der man sich identifizieren kann, in die keiner reinreden kann, mit der man quasi sein eigener Unternehmer wird. Einmal abgesehen von dem finanziellen Vorteil sichert man sich im Konkurrenzkampf nicht nur die interessanten Entwicklungsaufgaben, sondern zugleich auch ein Stück Autonomie und berufliche Identität. Damit lässt sich auch jenes psychische Gleichgewicht erhalten, das durch die Verunsicherung durch die alltägliche Routinearbeit im Betrieb verloren zu gehen droht. Zwar arbeitet man bis spät in die Nacht und achtet wenig auf die Gesundheit; aber man arbeitet nicht für den Papierkorb« (Leithäuser u. a. 1987, 203 f.).

Arbeitsinhaltliche Ansprüche sind demgegenüber im emanzipatorischen Sinne immer auf im emphatischen Sinne gute Arbeit für gute

Zwecke bezogen. Beck/Brater betonen, dass es einer an ihrer emphatisch verstandenen Gestaltung interessierten Gesellschaft daran gelegen sein muss, die instrumentelle Orientierung der Arbeitenden und deren Gleichgültigkeit gegenüber den Arbeitsinhalten zu überwinden. Zwar vermeidet diese Orientierung eine Schönfärbung der Arbeitsrealität unter Beanspruchung des sozialen Sinns der Arbeiten für ihre Adressaten, geht aber mit einer Delegation der Inhaltsbestimmung an Arbeit»geber« und einer entsprechenden Entmündigung der Arbeitenden einher. »In dem Maße dagegen, in dem die Arbeitenden ihre Arbeit aus subjektiven Motiven heraus inhaltlich ernstnehmen, entwickeln sie Vorstellungen und Ansprüche, in Bezug auf diese Arbeit, werden sie in diesem Sinne zu deren bewusstem Subjekt, das nach eigenen Kriterien gestaltend und fordernd eingreift« (Beck, Brater 1976, 209), und stellen das arbeitsinhaltliche Verfügungsmonopol der Arbeitgeber infrage. Insgesamt verbindet sich mit dieser arbeitsinhaltlich motivierten Gesellschaftskritik eine Utopie, in der »Arbeitsbedingungen und -ziele sich tatsächlich nach menschlichen Bedürfnissen richten, Persönlichkeit wirklich in der Arbeit entfaltet und gefordert wird, Produktionsarbeiter tatsächlich Nützliches herstellen, Werbefachleute wirklich kritische Informationen erarbeiten, Ärzte tatsächlich heilen, Lehrer Schülern wirklich Sinnvolles beibringen« (Ebenda, 212).

Die grundsätzlich kritische Aufmerksamkeit in und gegenüber den benannten professionellen Praxisfeldern ist im Laufe der 1980er Jahre in den Hintergrund gerückt. Eine auf das Ganze der Gesellschaft bezogene Kritik der Professionen verlor mit einer Infragestellung dieses Theorietypus u. a. durch ökologische und feministische Perspektiven an Bedeutung. »Zwar lässt sich vermuten, dass die Zahl der im weitesten Sinne ›links‹ oder ›alternativ‹ politisch arbeitenden Menschen keineswegs abgenommen hat, aber ihre Orientierungen und Zielsetzungen sind anders geworden. Mangels praktikabler Perspektiven einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse konzentriert sich ›linke‹, kritische und emanzipative Politik immer stärker auf Schadensbegrenzung, Abwehr von Diskriminierung und Übergriffen aller Art, Notfallhilfe und Katastropheneinsatz. Sie wird immer sektoraler und bereichsspezifischer, defensiver, auf punktuelle Missstände, spezifische soziale Gruppen und aktuelle Konflikte konzentriert. Was weitgehend fehlt, ist eine etwas umfassendere gesellschaftliche Perspektive« (Joachim Hirsch, in: links, Zeitung des Sozialistischen Büros, H. 3/94, S. 51).

Der Abschied von der Einheit der Gesellschaftskritik motivierte sich auch oft aus dem reduktionistisch-abstrakten Charakter der gesellschaftskritischen theoretischen Entwürfe bzw. ihrem unentwickelten Stand. Auch die Propagandisten der Gesellschaftskritik und -theorie nahmen oft die Absicht für die Tat.¹⁵ Auch ihnen fehlte der lange Atem. Die »neuen Franzosen« und die Foucault-Rezeption trugen dazu bei, dass ein auf Allgemeinheit gerichteter Theorietyp als selbst gewaltsame Mimesis ans Schlecht-Allgemeine in Verruf geriet. Die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre erstarkende spontaneistische Bewegung war größtenteils mit einem starken Affekt gegen Theorie verbunden. Ihr wurde eine intellektualisierende Entfernung von vermeintlich unmittelbaren »Betroffenheiten« vorge-

15 Dabei kritisierte Marx die »klassische Ökonomie« dafür, »unmittelbar, ohne die Mittelglieder die Reduktion zu unternehmen und die Identität der Quelle der verschiedenen Formen nachzuweisen. [...] Sie (die klassische Ökonomie – Verf.) hat nicht das Interesse, die verschiedenen Formen genetisch zu entwickeln, sondern sie durch Analyse auf ihre Einheit zurückzuführen [...]« (MEW 26.3, 491).

worfen. Zudem schoben sich auch andere, wiederum einheitsstiftende übergreifende Themen in den Vordergrund – wie beispielsweise die »Repression« 1976/77, die Abwehr von F. J. Strauß als Kanzlerkandidat oder die »Nachrüstung«. Auch die Ökologie wurde zu einer Art neuer Weltanschauung mit apokalyptischem Zeithorizont. Diese Themen einer alarmistischen Fünf-vor-Zwölf-Stimmung, die Ende der 1970er, Anfang der 1980er den kritischen Zeitgeist beschlagnahmten, standen einer geduldigen Arbeit an einer allgemeinen Gesellschaftskritik, die intern derart differenziert ist, dass sie in der Lage ist, die Praxisfelder von innen aufzuschließen, ebenso entgegen, wie einer geduldigen Aufbauarbeit kritischer Praxis und einschlägiger Gegenöffentlichkeiten. Weiterhin zeigten bereits die Alternativbewegung und die Etablierung der Grünen das Bedürfnis, unmittelbar praktische Umsetzungsergebnisse der Kritik zu erzielen. Dies ging zulasten von deren Tiefe und führte zu einer pragmatischen Verwässerung im »Bessermachen« unter unveränderten übergreifenden gesellschaftlichen Strukturen. Gewiss hat zum Erlahmen der Kritik der Berufsinhalte auch beigetragen, dass die im Vergleich zu den 1970er Jahren später ungleich höhere Arbeitslosigkeit bereits Studenten nolens volens karriereorientierter werden ließ.

Allerdings ist auch aus den letzten 15 Jahren von Zeitschriften und Publikationen zu berichten, die den kritischen Impuls der grundsätzlichen Kritik an den professionellen Praxisfeldern weiterentwickeln. Die Kritik am Schulwesen wird im letzten Jahrzehnt formuliert u. a. von Andreas Gruschka und in der von ihm initiierten Zeitschrift »Pädagogische Korrespondenz«, in Klaus Holzkamps Buch von 1993 über das »Lernen« (vgl. auch die entsprechenden Diskussionen u. a. im »Forum Kritische Psychologie«, von Freerk Huiskens (1991, 1992) und Rolf Gutte (1994)). Diese Publikationen zeigen an, dass eine grundsätzlich gesellschaftstheoretisch fundierte und zugleich sich auf die Besonderheit des Gegenstands einlassende Schul- und Pädagogik-Kritik formuliert und nachgefragt wird. Neuere Literatur zur grundsätzlichen und nicht nur verteilungstheoretisch oder gerechtigkeitbezogenen (»Die Armen sterben früher«) Kritik am Gesundheitswesen nenne ich in Creydt 2006. Eine sowohl mit ihrem Gegenstand vertraute als auch grundsätzliche Kritik an der Sozialarbeit hat Kurt Bader (1985, 1990) vorgelegt. Auch aus Fachbereichen wie der Landschaftsplanung ist von grundlegenden Analysen und Kritiken zu berichten, die das Besondere aus sich selbst heraus zum Allgemeinen aufschließen und über die Landschaftsplanung hinaus für die Debatten um das Verhältnis Gesellschaft-Natur, Ökologie, Nachhaltigkeit und Geschlechterverhältnis zentral sind.¹⁶

Eine studentische Initiative zur Wissenschaftskritik veröffentlichte ab 2002 in Bremen eine »Schriftenreihe zu Bildung&Wissenschaft des AStA Uni Bremen«. ¹⁷ Auch im »Forum Wissenschaft« – der Zeitschrift des BdWi – finden sich bisweilen kritische Artikel zur Wissenschaft und zu einzelnen Professionen. Einen Text, der die Notwendigkeit von Wissenschaftskritik als Schwerpunkt linker Praxis an den Hochschulen begründet, sowie eine nach behandelten Themen und Autoren gegliederte Liste jener Veröffentlichungen aus den letzten 30 Jahren, die als gute Exemplare bereits durchgeführter Wissenschaftskritik gelten können, liefert Creydt 2001.

16 Vgl. die vielfältigen Publikationen von Ulrich Eisel seit 1980. Die Herausgabe eines ›best-of‹-Bandes der von Eisel neben seinen Büchern veröffentlichten Artikel ist überfällig.

17 Gegenstand der Kritik waren der »Radikale Konstruktivismus«, das »Lernen unter dem Diktat der Note«, »Victor Klemperers antifaschistische Sprachkritik als Faschismuskritik aus dem Geist des Nationalismus« u. a.

In heutigen Positionsbestimmungen des der LINKSPARTEI nahe stehenden studentischen Verbandes mit dem sehr anspruchreichen Namen SDS spielen hingegen eine Kritik an Wissenschaften und Professionen keine Rolle. Wenn aber Studentenpolitik mehr sein soll, als Werbung oder Nachwuchsrekrutierung für eine Wahlpartei oder akademischer Syndikalismus, dann ließe sich an vielen der oben genannten Analysen und Kritiken, Erfahrungen und Projekte anknüpfen.

18 Vgl. dazu Creydt 2006.

Auch bewegungs-, gewerkschafts¹⁸- und ordnungspolitisch überschreiten die hier thematisierten arbeitsinhaltlichen Ansprüche den Begriff einer ergonomisch, arbeitsrechtlich und verteilungspolitisch verstandenen »guten Arbeit«, wie er bei vielen Linken dominiert. Demgegenüber geht es um die Aufmerksamkeit und Urteilskraft, die die externen und indirekten Effekte des Arbeitens, der Arbeitsprodukte und -voraussetzungen und der mit ihnen verbundenen Sozialbeziehungen im Blick hat. Auch Ursachen, Gründe und Motive des Bedürfnisses lassen sich vergegenwärtigen, wenn im kommunikativen Austausch von Produzenten, Konsumenten und anderweitig Betroffenen gefragt wird, welches Arbeitsprodukt welche Arbeitsmühe lohnt und welche Mängel der Lebensweise nicht selbst bearbeitet werden, sondern kompensatorisch oder überkompensatorisch Ausweichkonsum nahe legen. Diese Aufmerksamkeit übersteigt den Horizont der Warentauschenden.

Die jeweils Tätigen sind nun »Repräsentanten« ihrer Kunden, Klienten und von den Tätigkeiten und ihren direkten und indirekten Resultaten sonst Betroffenen (MEW 1, 325). Über die Qualität der sozialen Synthesis erweist sich als mitentscheidend, dass in der im guten Sinne professionellen Tätigkeit mitreflektiert wird, welche problematischen Effekte und Voraussetzungen dieses Tun nicht bedienen darf, soll es als Tun gelingen. Zu kritisieren ist z. B. der Missbrauch der Medizin zum Reparaturbetrieb für andernorts durch Arbeit an den Ursachen von Krankheiten zu beseitigendes oder zu minimierendes Leid. Medizin – um bei diesem Beispiel zu bleiben – muss über sich selbst hinausgreifen, um selbst gelingen zu können.¹⁹ Dass sich professionelles Tun an den beschriebenen arbeitsinhaltlichen Maßstäben orientiert, errichtet zudem Schranken gegenüber der individuellen Vorteilsnahme oder der minderwertigen Pseudoleistung vor dem Hintergrund des Kompetenzgefälles zum Kunden oder Klienten. Zu vergegenwärtigen und entwickeln ist in vielen Arbeiten eine ihnen eigene, nicht bornierende und nicht monopolisierungs- und immunisierungsanfällige professionelle »Ehre«, die sich nicht auf eine selbstwertdienliche Stilisierung des eigenen Tuns, sondern auf eine Innenlenkung bezieht, welche arbeitsinhaltliche Ansprüche und die Verortung des eigenen Tuns in der sozialen Welt zur Bremse für merkantile Ambitionen und zum fördernden Moment für die Arbeit an der Gestaltung der Gesellschaft geraten lässt: »Arbeit für mich und für die Welt« (Marx).

Mit dem Scheitern des sogenannten »real existierenden Sozialismus« gewannen die Anreizvorteile der »Marktwirtschaft« an Glanz. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung und dem Mangel an intrinsischer Arbeitsmotivation auch im modernen Kapitalismus²⁰ stellt sich die für jede sozialistische Perspektive zentrale Frage, wie die Betei-

19 Vgl. ausführlicher dazu Creydt: Selbstverantwortung (...).

20 »Nur 47 Prozent der deutschen Arbeitnehmer sind wirklich motiviert im Job. Die restlichen 53 Prozent haben sich innerlich schon von ihrem Arbeitgeber verabschiedet oder werden von anderen Motivationen geleitet - vielen geht es nur um den Job, sie arbeiten um zu leben und nicht umgekehrt. Das kam jüngst bei einer Befragung von »The Executive Committee«, einer Organisation mittelständischer Führungskräfte, heraus« (Schmincke 2005, 30).

ligten zu einer sorgsamem, effizienten und ihrer Effekte und Voraussetzungen bewussten Arbeit finden. Auch für die Antwort auf diese Frage bildet die Vergegenwärtigung und Entwicklung der hier beschriebenen arbeitsinhaltenlichen Ansprüche ein wesentliches Moment.

Literatur

- Bader, Kurt: Viel Frust und wenig Hilfe. Die Entmystifizierung sozialer Arbeit. Weinheim 1985. Bd. 2 erschien 1990.
- Beck, Ulrich; Brater, Michael: Grenzen abstrakter Arbeit. Subjektbezogene Bedingungen der Gebrauchswertproduktion und ihre Bedeutung für kritische Berufspraxis, in: Leviathan 2/1976.
- Beck, Ulrich; Brater, Michael, Daheim, Hansjürgen: Soziologie der Arbeit und Berufe. Reinbek bei Hamburg 1980.
- Beck, Winfried: Gesundheitsmarkt – Oppositionelle Strömungen in der Ärzteschaft, in: Forschungsjournal NSB (Neue Soziale Bewegungen), Jg. 15 2002, H. 3.
- Creydt, Meinhard: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Frankfurt/M 2000.
- Ders.: Die Wissenschaft, die nicht denkt, in: Fachschaftsreferat des AstA FU Berlin (Hrsg.): Reader zum kritischen Hochschultag am 23. 5. 2001, S. 2-11 und 111 ff..
- Ders.: Selbstverantwortung als Ideologie. Die Medizin des Gesundheitswesens, in: Forum Wissenschaft 1/2006. Meine Texte finden sich unter: www.meinhard-creydt.de.
- Ders.: Die Befreiung der Arbeit, in: UTOPIE kreativ, Heft 189/190 (Juli/August 2006).
- Fuchs, Werner: Der Weg nach oben, in: Ortman, Hedwig; Müller, Burkhard; Fuchs, Werner: Universitärer Alltag. Gießen 1977.
- Goode, William J.: Professionen und die Gesellschaft. In: T. Luckmann, W. Sprondel (Hrsg.): Berufssoziologie. Köln 1972.
- Gorz, André: Zerschlagt die Universität, in: Sozialistisches Jahrbuch 3. Berlin 1971.
- Gorz, André: Ökologie und Politik. Reinbek bei Hamburg 1977.
- Gruppe Rheinische Zeitung: Sozialistische Hochschulpolitik. Bonn 1977.
- Gutte, Rolf: Lehrer – Ein Beruf auf dem Prüfstand. Reinbek bei Hamburg 1994.
- Hardensett, Heinrich: Der kapitalistische und der technische Mensch. München 1932.
- Holzkamp, Klaus: Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt/M. 1993.
- Horkheimer, Marx: Traditionelle und kritische Theorie. Frankfurt/M. 1970.
- Huisken, Freerk: Die Wissenschaft von der Erziehung. Hamburg 1991.
- Huisken, Freerk: Weder für die Schule noch fürs Leben. Hamburg 1992. Die beiden Bände erschienen inzwischen in einem Band.
- Illich, Ivan u. a.: Entmündigung durch Experten. Reinbek bei Hamburg 1979.
- Leithäuser, Thomas u. a.: Lebenswelt Betrieb. Opladen 1987.
- Rossum, Walter von: Meine Sonntage mit »Sabine Christiansen«. Wie das Palaver uns regiert. Köln 2004.
- Schmidt, Hartwig: Subjektivierende Unterwerfung. Erlebt in vorzugsweise intellektuellen Milieus, in: Ders.: Das unterwürfige Selbst. Mainz 1995.
- Schmincke, Polly: Krankmacher Karriere, in: Hochschulanzeiger (der FAZ) Nr. 80, 2005.
- Vack, Klaus: Bericht über die Entwicklung des Sozialistischen Büros, in: Sozialistisches Büro (Hrsg.): Für eine neue sozialistische Linke. Frankfurt/M. 1973.

HARALD JENTSCH

Otto Brenner – ein Streiter um soziale Demokratie

Vom 4. bis 10. November 2007 fand in Leipzig der 21. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Die Delegierten bilanzieren ihre Arbeit der vergangenen vier Jahre und diskutieren unter dem Motto »Zukunft braucht Gerechtigkeit« über gewerkschaftliche und politische Handlungsoptionen der Zukunft. Dabei ging es ihnen insbesondere um die Frage, mit welchen Mitteln die Gewerkschaft angesichts der radikalen Umbrüche, die der gesellschaftliche Wandel und die Globalisierung der Ökonomie mit sich bringen, ihre Ziele erreichen kann. Nach Abschluss des siebentägigen Kongresses bewertete der neu gewählte Zweite Vorsitzende, Detlef Wetzel, den Gewerkschaftstag als großen Erfolg: Der Gewerkschaftstag habe die Weichen so gestellt, dass die IG Metall mit Zuversicht und Selbstvertrauen die bevorstehenden Aufgaben angehen könne und dass sie »ein ernstzunehmender und konfliktfähiger Akteur« sei.

Harald Jentsch – Jg. 1959, Politikwissenschaftler, Dr. phil., Karben, ist gemeinsam mit Jens Becker Autor der gerade im Steidl Verlag Göttingen erscheinenden Biografie »Otto Brenner. Eine Biografie« und ebenfalls mit Becker Herausgeber des gleichzeitig dort erscheinenden Bandes »Otto Brenner: Ausgewählte Reden 1947-1971«. Ein weiteres Buch: »Die KPD und der Deutsche Oktober.« 1923, Rostock 2005.

Am Nachmittag des 8. November hatte der Gewerkschaftstag seine Beratungen für kurze Zeit unterbrochen und die Delegierten hatten sich Zeit zur Rückbesinnung auf ihre eigene Geschichte genommen: Anlässlich seines einhundertsten Geburtstages widmen sie ihrem langjährigen Vorsitzenden Otto Brenner eine Gedenkveranstaltung. Nach der 14-minütigen Filmdokumentation »Otto Brenner – sein Vermächtnis« von Hans-Jürgen und Shaun Hermel, in der eine Reihe Mitstreiter Otto Brennens zu Wort kamen, würdigte der ebenfalls neu gewählte Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, dessen Leben und Leistungen. Mochte das terminliche Zusammenfallen des Gewerkschaftstages mit diesem Jubiläum Zufall sein, so war es angesichts des zwar noch immer starken, aber stetig schwindenden Einflusses der Gewerkschaften auf die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse in der Bundesrepublik die Nutzung dieser Gelegenheit keinesfalls. Bis heute gilt die »Ära Brenner« – Otto Brenner führte die IG Metall fast 20 Jahre lang von Ende 1952 bis zu seinem frühen Tod im April 1972 – als ihre erfolgreichste Zeit. Otto Brenner wurde dabei zu einem der einflussreichsten und populärsten Gewerkschaftsfunktionäre der BRD. Er schrieb Tarifgeschichte, deren Ergebnisse – insbesondere die 40-Stunden-Woche und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle – noch heute gelten, auch wenn es auf Arbeitgeberseite derzeit unübersehbare Bestrebungen gibt, trotz weiterhin hoher Arbeitslosigkeit insbesondere in der Frage der Arbeitszeitverkürzungen eine Kehrtwende einzuleiten.

Geboren am 8. November 1907 in Hannover wuchs Otto Brenner als drittes von vier Kindern unter bedrückenden materiellen Verhältnissen auf. Geprägt durch Krieg und soziales Elend in der Weimarer Republik,

wusste Brenner, wovon er sprach, wenn er die Bedürfnisse der Menschen und die sozialen Verhältnisse in den Mittelpunkt seiner gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten stellte. Auf eine Ausbildung musste er zunächst verzichten, um zum Lebensunterhalt der sechsköpfigen Familie beitragen zu können. Bei der schweren körperlichen Arbeit als Nietenwärmer und Nietenpresser in einem kleinen Metallbetrieb, wo er neben der großen Hitze auch unter ständigem Einfluss der giftigen Kohlenmonoxidämpfe des Glühofens stand, zog sich der 15jährige eine schwere Lungenerkrankung zu, die ihn Zeit seines Lebens anfällig für entsprechende Erkrankungen bleiben ließ.

Schon als Heranwachsender engagierte er sich in der Arbeiterbewegung Hannovers, übernahm früh Funktionen im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) und in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Mit 18 Jahren trat er der SPD bei. In der Überzeugung, dass Alkohol und Tabak zur Verschärfung der katastrophalen Lage und der politischen Lethargie der Arbeiter beitrugen, kämpfte er energisch gegen deren Missbrauch und gründete 1926 den Landesverband des Deutschen Arbeiter Abstinenten Bundes (DAAB), dessen Vorsitz er übernahm. Er blieb sein Leben lang Nichtraucher und er trank auch später nur äußerst mäßig Alkohol. Zielstrebig bildete er sich politisch weiter, leitete den Marxistischen Arbeitskreis der Hannoveraner Jungsozialisten und entwickelte sich zu einem kritischen Sozialisten. 1928 fand Brenner nach verschiedenen Hilfsarbeitertätigkeiten endlich eine Anstellung als ungelernter Arbeiter in der Elektrowerkstatt der Hanomag, wo er sich über Abendkurse schnell zum Elektromonteur qualifizierte. 1931 verließ er die SPD, der er wegen ihrer Zustimmung zum Panzerkreuzerbau ein Glaubwürdigkeitsdefizit bescheinigte, und schloss sich ihrer linken Abspaltung, der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), an. Deren etwa 200 Mitglieder des Bezirks Hannover-Braunschweig wählten ihn Anfang 1932 zu ihrem Vorsitzenden. Er prangerte die Kapitulationspolitik der SPD- und Gewerkschaftsführungen an und forderte zur proletarischen Einheitsfront von KPD, SPD und SAPD auf. Dabei blieb er, was dann für die Nachkriegszeit wichtig ist, von der Richtigkeit der von der SPD vertretenen wirtschaftspolitischen Positionen überzeugt, insbesondere in der Frage der Wirtschaftsdemokratie, wie sie von Fritz Naphtali und Rudolf Hilferding als Mittel einer sozialen Ausformung der Demokratie und für einen allmählichen und friedlichen Übergang zum Sozialismus entwickelt worden war. Börsenkrach 1929 und Weltwirtschaftskrise mit mehr als sechs Millionen Arbeitslosen, die schlechende Entmachtung des Reichstags, der Aufstieg der Nazis und ihre schließliche »Machtergreifung« am 30. Januar 1933 verfestigten bei Brenner die Überzeugung, dass entscheidende Fragen der gewerkschaftlichen Entwicklung um das Verhältnis von Wirtschaft und Politik kreisen, dass die Demokratie Voraussetzung für gewerkschaftliches Handeln ist und wirtschaftliches Handeln demokratischer Kontrolle bedarf.

Als einer der Organisatoren des Widerstandes gegen die Nazis im Bezirk Hannover-Braunschweig wurde Brenner Ende August 1933 verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Danach stand er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unter Polizeiaufsicht. Aus all dem zog er die Kon-

sequenz, der er Zeit seines Lebens treu blieb: »Es darf nie wieder zu einem 1933 kommen!«

Nach der Befreiung seiner Heimatstadt durch US-amerikanische Truppen am 10. April 1945 engagierte sich Otto Brenner voller Taten drang am Wiederaufbau Hannovers. Entsprechend seiner Überzeugung, dass der Krieg ein der kapitalistischen Produktionsweise adäquates Mittel zur Krisenbewältigung darstelle, hatte er am 1. Januar 1945 an seine Frau Martha geschrieben: »Ich will hoffen, dass das kommende Jahr uns den Frieden bringt. Aber was heißt schon Frieden? Wir können uns zunächst nur das Kriegsende wünschen: denn wahrhaften Frieden wird es im Kapitalismus für uns nicht geben.«¹ Entsprechend sollte für ihn die Nachkriegsordnung eine ausbeutungsfreie, nichtkapitalistische, eine sozialistische Gesellschaft sein. Nach verschiedenen politischen Sondierungen kehrte er, auch unter dem Eindruck der Diskussionen mit dem ebenfalls in Hannover wirkenden Kurt Schumacher, in die SPD zurück, für die er auch kommunal- und landespolitisch aktiv wurde. Er entschied früh, sich fortan dem Wiederaufbau der Gewerkschaften zu widmen und gehörte im Mai 1945 zu den Mitbegründern der Allgemeinen Gewerkschaft Niedersachsen. Im April 1946 wurde er Vorsitzender der Wirtschaftsgruppe Metall und damit hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär. Die Form der Allgemeinen Gewerkschaft war ein Kompromiss zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft, unabhängig von politischen und religiösen Richtungen, aber auch von Berufsständen. Doch wie die Mehrheit der Gewerkschafter sprach sich auch Brenner für das spätere und bis heute praktizierte Prinzip der Industriegewerkschaften aus, die sich in einem Einheitsgewerkschaftsbund organisierten. Die autonomen Industriegewerkschaften sollten durch das Prinzip »ein Betrieb – eine Gewerkschaft« ein slagkräftiges Werkzeug der Belegschaften werden. Der erste Streik in Nachkriegsdeutschland, der Panzer-Bode-Streik in Hannover, fiel in Brenners Zuständigkeitsbereich und machte ihn über die Grenzen Hannovers bekannt. In ihm gelang es, nach hartem Ringen, eine betriebliche Mustervereinbarung abzuschließen, die den Betriebsräten umfassende Mitwirkungsrechte bei Einstellungen, Entlohnung, Produktionsplanung, Arbeitsmethoden usw. gab. Die anderen Unternehmer zogen es daraufhin vor, die hier erreichte Betriebsvereinbarung auf die eigenen Unternehmen zu übertragen, bevor es auch da zu Streiks kam. 1947 wurde Brenner Bezirksleiter des Bezirks Hannover der mittlerweile gegründeten IG Metall.

Um sein großes Ziel, die demokratische Neuordnung der deutschen Gesellschaft umzusetzen, trat Otto Brenner, für den politische und soziale Demokratie untrennbar zusammen gehörten, für Wirtschaftdemokratie und Mitbestimmung ein. Auch wenn er der Tarifpolitik allerhöchste Priorität einräumte, hatte für ihn Gewerkschaftspolitik mehr als das zu sein, nämlich Gesellschaftspolitik: Die Gewerkschaften hatten ein umfassendes politisches, soziales und kulturelles Mandat zu erfüllen, das sie befähigen sollte, Gesellschaftsveränderungen auf demokratischem Wege einzuleiten. Denn für Brenner bedeutete der Kapitalismus, den die Westdeutschen nach 1947 als »soziale Marktwirtschaft« erlebten, auch und vor allem Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit ungleiche Besitz- und Eigentumsverhältnisse und ungleiche Machtchancen im politischen Geschäft. Zudem war ihm klar, dass der

1 Otto Brenner an Martha Brenner, 1. 1. 1945, in: Privatarchiv Heike Pinkall, zitiert nach: Jens Becker, Harald Jentsch: Otto Brenner. Eine Biografie, Steidl Verlag Göttingen, S. 54.

Traum einer dauerhaften deutschen Nachkriegsprosperität relativ schnell verblasen würde. Deshalb hoffte er auf die Überwindung des Kapitalismus beziehungsweise auf dessen weitgehende Zählung. Eine seiner Grundüberzeugungen kleidete er in die Sätze: »Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie hat menschlichen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Zwecken zu dienen.«² Dem entsprachen denn auch die vom Deutschen Gewerkschaftsbund auf seinem Gründungskongress 1949 beschlossenen »Wirtschaftspolitischen Grundsätze«, die später üblicherweise als »Münchener Grundsatzprogramm« des DGB galten, mit ihrer Forderung: »Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute«.³

Glaubte Brenner, wie auch andere Sozialdemokraten und Gewerkschafter, nach der knappen, aber unerwarteten Niederlage der SPD gegen Adenauers CDU bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag, das Ziel einer schnellen und grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik sei nur aufgeschoben, und nicht aufgehoben, so sah er sich nach der erneuten Niederlage der SPD bei den Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag 1953 in seinen Hoffnungen getäuscht. Zeichnete sich doch nunmehr ab, dass das kapitalistische System in der BRD fortbestehen würde. Zwar sah er keinen Grund, fortan am »Münchener Grundsatzprogramm« des DGB irgendwelche Abstriche zu machen, doch sah er die Notwendigkeit, zur Bereinigung der größten gesellschaftlichen Ungleichheiten – wenn auch nur zunächst – wieder verstärkt auf die Tarifpolitik zu setzen. Beredtes Zeugnis dafür ist sein Engagement für die Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsprogramms des DGB, welches er selbst im Mai 1954 mit initiiert hatte.⁴ Mittels signifikanter Lohn- und Gehaltserhöhungen, der Einführung von Urlaubsgeld und der schrittweisen Einführung der 40-Stunden-Woche leistete die von ihm geführte IG Metall einen entscheidenden Beitrag zu mehr Lebensqualität für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem rasch wieder aufgebauten und wohlhabenden Land. Gefürchtet als harter, aber kompromissfähiger Verhandlungspartner forderte Brenner nicht nur Parität zwischen den Tarifparteien, sondern auch einen gerechten (Lohn-)Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit war dabei auch ein Stück emanzipatorische Gesellschaftspolitik, ging es doch darum, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Freizeit zu schaffen. Die stufenweise bis 1965 erreichte Festschreibung der Kernarbeitszeit in der Metallindustrie von 40 Stunden von Montag bis Freitag hatte auch eine entscheidende familienpolitische Komponente, wie sie im Slogan »Samstag gehört Vati mir!« zum Ausdruck kommt. Nicht zu reden von den Arbeitsplätzen, die auch trotz stetiger Rationalisierung damit gesichert werden konnten.

Es soll hier aber auch nicht verschwiegen werden, dass Brenner in den innergewerkschaftlichen Konflikten in der ersten Hälfte der 1950er Jahre, die von ihm und anderen Gewerkschaftsfunktionären als fundamentale Bedrohung des Konzepts der Einheitsgewerkschaft wahrgenommen wurden, als kompromissloser Antikommunist agierte und rigoros kommunistische Gewerkschafter ausschloss, die sich einer

2 Vgl. u. a. Otto Brenner: Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft. Vortrag vor dem Demokratischen Hochschulbund in Braunschweig, 13. 2. 1964, in: ders., Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt/M. 1966, S. 14 f.

3 Wirtschaftspolitische Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Protokoll. Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. München, Kongresssaal des deutschen Museums, 12., 13. und 14. Oktober 1949, Düsseldorf 1950, S. 318-326.

4 Otto Brenner: »Wir brauchen ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm«, in: Metall vom 12. 5. 1954.

Distanzierung von den Zielen der KPD und der SED verweigerten. Ebenso deutlich, wenngleich weniger rabiat, wies er die Machtansprüche christlich-sozialer Gewerkschafter zurück, die einerseits dem von der SPD dominierten DGB mangelnde parteipolitische Neutralität vorwarfen, andererseits aber selber auf das Engste mit CDU und CSU verbunden waren und danach trachteten, deren Einfluss in den Gewerkschaften zu erhöhen.

Unter Brenners Führung verstand sich die IG Metall ausdrücklich als »politische« Gewerkschaft, die nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, »zu den politischen Fragen, die das Wohl von Millionen arbeitender Menschen berühren, Stellung zu nehmen«, und die sich nicht auf das enge Feld der Tarif- und Sozialpolitik beschränken ließ.⁵ Brenner beanspruchte dieses Einspruchsrecht vor allem dann, wenn er die demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik in Gefahr sah, wusste er doch, dass die Aufrechterhaltung des demokratischen Rechtsstaates die unabdingbare Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken der Gewerkschaften war. Aus eigener Erfahrung misstraute er der demokratischen Substanz der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie. Insbesondere die Bemühungen der Bundesregierung um eine Notstandsgesetzgebung, die »Spiegel-Affäre« und andere Versuche, in die Meinungsfreiheit einzugreifen, bestätigten ihn in seinem Urteil, dass »die demokratische Ordnung und vor allem ihre berufenen Hüter noch immer nicht gegen die Anfechtungen einer autoritären, undemokratischen Handhabung gefeit sind«. ⁶ Aus diesem Misstrauen gegen ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus heraus lehnte Brenner die Wiederbewaffnung der Bundeswehr, insbesondere ihre atomare Ausrüstung und die Stationierung atomarer Streitkräfte auf deutschem Boden generell ab. Diese Ablehnung potenzierte sich noch dadurch, dass er darin ein zusätzliches Hindernis für die friedliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sah. Deshalb opponierte er auch gegen die Pariser Verträge, durch die die Westintegration der Bundesrepublik manifestiert wurde. Seien die beiden deutschen Staaten erst einmal in die beiden konkurrierenden internationalen Blöcke eingebunden, so argumentierte er, würde an eine schnelle und friedliche Wiedervereinigung nicht mehr zu denken sein.

Doch Brenner und die IG Metall standen vor dem Problem, dass in der BRD in dieser Zeit kein Klima für linke Politik herrschte: Innenpolitisch banden die wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolge der »Wirtschaftswunderjahre« Protestpotenzial; außenpolitisch beförderten die Suezkanalkrise 1956, die Schließung der Grenzen zur BRD und zu Westberlin durch die DDR im August 1961 sowie die Kuba-Krise im Oktober 1962 das Klima des Kalten Krieges, das die Welt an den Rand eines atomaren Krieges brachte.

Um sich neuen Wählerschichten zu öffnen, vollzog die SPD in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre den Wandel von einer sozialistischen Arbeiterpartei zu einer Volkspartei. Mit dem im November 1959 angenommenen Godesberger Programm verabschiedete sich die SPD von marxistischen Begriffen wie Klassenkampf, Vergesellschaftung von wichtigen Industriezweigen oder Planwirtschaft, ließ alle Forderungen auf eine sozialistische Neuordnung fallen und trat fortan für eine Weiterentwicklung, Verbesserung und Vervollkommnung des bestehenden

5 Otto Brenner, »Gewerkschaft und Kulturpolitik«. Referat auf der 12. Vertreterversammlung des Gesamtverbandes Braunschweigerischer Lehrer am 10. April 1957, in: Ders., Ausgewählte Reden, S. 142.

6 Otto Brenner: Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft, a. a. O., S. 11.

Wirtschafts- und Sozialsystems ein. Diese programmatische Kurskorrektur ging Brenner, der ein Festhalten an entsprechenden Forderungen, insbesondere die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, nach wie vor für zwingend erforderlich hielt, entschieden zu weit. Er wandte sich energisch gegen diesen Kurswechsel, sowohl in den Diskussionen der Programmkommission zu den Wirtschaftsfragen, als auch und besonders in den Diskussionen um ein neues DGB-Programm, in denen »Modernisierer« wie der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber, eine Abkehr vom Münchener Programm und ein neues, sozialpartnerschaftliches Gewerkschaftsverständnis forderten. Gerade letzteres war für Brenner völlig inakzeptabel. Konnte er unter dem spezifischen Gesichtspunkt, dass man zur Erlangung der politischen Macht in einer Demokratie Mehrheiten für sich gewinnen müsse, den Wandel der SPD von der Klassen- zur Volkspartei noch gerade nachvollziehen, war ihm die Verwischung der Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital im gewerkschaftlichen Kampf, die aus Tarifparteien Sozialpartner machte, unerträglich. Ein solches Modell lehnte er, wie auch seine Kollegen im IG Metall-Vorstand, ebenso vehement ab, wie Lebers Bestrebungen, den Standort der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft als Ordnungsfaktor neu zu bestimmen. Ebenso wandte er sich gegen die immer wieder erhobene Forderung, die Gewerkschaften hätten aus einer gesamtvolkswirtschaftlichen Verantwortung zu handeln. Auf die Metapher, es säßen doch alle in einem Boot und alle erwarte das gleiche Schicksal, antwortete er: Dem sei zwar so, doch sei dabei nicht gleichgültig, wer der Steuermann sei, wie die Besatzung aussehe und welchen Einfluss sie auf den Kurs hätte, den das Boot steuert.⁷ Doch trotz der Meinungsverschiedenheiten in der Neuausrichtung der SPD sah Brenner keinen Interessenkonflikt zwischen SPD und Gewerkschaften aufbrechen. Zwischen Sozialdemokratie und freier Gewerkschaftsbewegung bestehe eine historisch gewachsene, »ursprüngliche Verbundenheit«, die auf gemeinsamen Interessen beruhe.⁸

Immer wieder stellte Brenner klar, dass der Streik ein unveräußerliches Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen in einer bürgerlichen Demokratie sei. Das Fehlen des Streikrechts war übrigens einer der grundsätzlichen Kritikpunkte Brenners an der DDR: eine Partei und eine Regierung, die den Arbeiterinnen und Arbeitern das Grundrecht des Streiks vorenthielten, hätten weder das Recht, als deren Interessenvertreter auftreten, noch das Recht, Forderungen an die freien Gewerkschaften in der BRD zu stellen oder ihnen »gute Ratschläge« zu erteilen.

Fast zehn Jahre zog sich Brenners Kampf gegen die Notstandsgesetze hin, mit denen aus seiner Sicht ein Teil der politischen Klasse, bewusst oder unbewusst, die junge Demokratie aufs Spiel setzte. Worum ging es in dieser Auseinandersetzung? Bei der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 war die umfassende Regelung eines eventuellen Notstands wegen der Vorbehaltsrechte der alliierten Besatzungsmächte zunächst ausgespart geblieben. Für den inneren Notstand (etwa bei Naturkatastrophen) und den äußeren Notstand (etwa im Kriegsfall) gab es lediglich die sogenannten Schubladengesetze, die im Fall ihrer Anwendung gravierende Einschränkungen der Grundrechte mit sich gebracht hätten. Erst mit der 1955 erlangten staatlichen Souveränität wurde der Weg für eine verfassungsrechtliche Regelung frei. Seitdem bemühte

7 Vgl. Otto Brenner: Rede auf der SPD-Mitgliederversammlung im Palmengarten Frankfurt/M., 20. 8. 1957, in: ders., *Ausgewählte Reden*, a. a. O., S. 153.

8 Ebenda, S. 144.

9 Zum Widerstand gegen die Notstandsgesetze siehe Michael Schneider: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968), Bonn 1986.

10 IG Metall (Hrsg.): Protokoll des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in München vom 2. bis zum 7. September 1968, Frankfurt/M. o. J. (1968), S. 66.

11 Werner Thönnessen: »Was dann folgen wird, liegt noch im dunkeln«, zitiert nach ders.: Mein Tor zur Welt. Ein Lebenswerk als Gewerkschafter und Intellektueller, S. 146 f.

sich die Bundesregierung, diese Lücke im Grundgesetz zu schließen. Doch alle vorgelegten Entwürfe enthielten wiederum tiefgreifende Einschnitte in die Grundrechte.⁹ Da Brenner durch seine Erfahrungen mit dem NS-Regime in den Grundrechtseinschränkungen im Falle eines »Notstands« eine Gefahr für den Bestand der Demokratie und damit für die Legalität der Gewerkschaften überhaupt sah, war seine Devise »Wehret den Anfängen!« Ihm diente die Demokratie als unabdingbare Voraussetzung zur Regulierung antagonistischer Interessen, und die Notstandsgesetze deutete er als potenziellen Rückfall in einen vordemokratischen Zustand. Überzeugt, dass 1945 – ebenso wie 1918 – Raum gelassen worden war, um das Rad der Geschichte bei Bedarf zurückdrehen zu können, schien ihm die politische Demokratie der BRD durchaus gefährdet: Die Gesellschaft war eine kapitalistische Klassengesellschaft geblieben. Ebenso wie er die Notstandsgesetze mit den Ermächtigungsgesetzen und dem berüchtigten Artikel 48 der Weimarer Verfassung verglich, erinnerte er an den Generalstreik, mit dem die Gewerkschaften 1920 die Republik gegen den Kapp-Putsch verteidigte.

Mit seiner Einschätzung einer latenten Faschismusgefahr in der Bundesrepublik – er befürchtete zwar nicht die Wiederkehr des Nationalsozialismus in Reinkultur, wohl aber die Deformierung der Demokratie durch die Kombination politischer Fehlentscheidungen, ökonomischer Krisen und sozialpsychologischer Verunsicherungen – befand er sich auch in der SPD und im DGB in der Minderheit. Nachdem die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU 1966 einer Durchsetzung der Notstandsgesetze zugestimmt hatte, wurden diese im Mai 1968 schließlich verabschiedet. Brenner respektierte die Entscheidung des Bundestages, womit er viele, vor allem junge Gewerkschafter, die die Ausrufung des Generalstreiks von ihm erwarteten, enttäuschte. Doch als Demokrat akzeptierte er parlamentarische Mehrheitsentscheidungen, auch wenn er sie für falsch hielt. Auf dem 9. Gewerkschaftstag der IG Metall 1968 begründete er seine Haltung: »Ein Generalstreik gegen den Beschluss des Parlaments auszurufen, wie das manche von den Gewerkschaften verlangt haben, war allerdings unmöglich. Er hätte sich unmittelbar gegen die bestehende Verfassungsordnung gewendet, ganz zu Schweigen davon, dass die Generalstreikspareole keineswegs von einer Mehrheit der Bevölkerung befolgt worden wäre.«¹⁰ Von Brenner zu erwarten, den Generalstreik auszurufen, zumal gegen die eigene, sich in Regierungsverantwortung befindende Partei, hätte wohl verlangt, aus dem engagierten Streiter um soziale Demokratie einen Revolutionär zu machen, der er nicht war und der er auch nicht sein wollte.

Ein demokratischer Sozialismus war nach Brenners unumstößlicher Überzeugung nur mit demokratischen Mitteln innerhalb eines demokratischen Staates zu erreichen. Brenners langjähriger Pressechef Werner Thönnessen schrieb 1972 in seinem Nachruf im *Spiegel*: Die bürgerliche Demokratie »durch die Demokratisierung der Wirtschaft zu fundieren, ist Brenners größtes Ziel gewesen. Es nicht erreicht zu haben, gehört zu den von ihm schmerzlich empfundenen Misserfolgen. Er war sich des tragischen Widerspruchs bewusst, in den die Gewerkschaften sich verwickeln, wenn sie, notwendigerweise auf dem Boden der von ihnen bekämpften Wirtschaftsordnung, Verbesserungen durchsetzen, die einerseits den Arbeitnehmern zugute kommen, andererseits die Lebensfähigkeit des Kapitalismus verlängern.«¹¹